

DIE ASEAN

Eine Region in Wettstreit der Weltmächte

D. GHERMANI

Prolegomena

Der Zweite Weltkrieg hat zwei Großmächte als Hauptauslöser gehabt, im Atlantischen Großraum, Deutschland, im südostasiatisch-pazifischen, Japan. Die Planung für eine Neugestaltung der Welt nach der großen Katastrophe des Zweiten Weltkrieges entstand freilich in beiden Fällen auf den Reißbrettern der Staatschefs der Siegermächte. Allerdings, nur der sowjetische Potentat Josef Stalin wirkte bei allen grundlegenden Entscheidungen mit. Am 12. April 1945 verschied nach langem Sichtum Franklin Delano Roosevelt und Winston Churchill mußte nach der Wahlniederlage vom Juli 1945, noch vor Japans Kapitulation, den Platz für den Labour-Politiker Clement Attlee räumen.

Sowohl in Europa als auch in Asien durften die kleinen Staaten, gleichgültig ob sie im Lager der Siegermächte oder der Verlierer gestanden hatten, nur am Rande über ihr Schicksal mitentscheiden. Auf dem „Alten Kontinent“ sind bekanntlich, mit Ausnahme Griechenlands, alle Staaten jenseits einer willkürlich gezogenen Trennungslinie, später „Eiserner Vorhang“ genannt, der sowjetischen Hegemonie preisgegeben worden. In Asien griffen zunächst die ehemaligen Kolonialmächte

nach den zeitweilig unter der japanischen Kriegswalze geratenen Staaten. Erst allmählich erlangten sie eine zunächst nur formale Unabhängigkeit. Mitte der fünfziger Jahre erfreuten sich dann die meisten einer mehr oder minder echten Souveränität.

Wieviel und wie lange galt freilich diese angesichts des althergebrachten oder des neu entfachten Machtstrebens der früheren Hegemonen? Kompliziert wurde die Lage durch das Aufkommen früherer, historisch motivierter Ansprüche und durch ihre Verstrickung mit den modernen Ideologien, von denen der Kommunismus die virulenteste war.

Nach dem durch die Kapitulation Japans entstandenen Machtvakuum war eine Zeitlang alles möglich; freigewordene Kräfte entwickelten wie so oft egozentrische Eigendynamik, Großmächte und kleinere „Haie“ orientierten sich um; sie waren bestrebt jede Chance für eine Verbesserung ihrer eigenen Lage auf Kosten der Nachbarn zu nutzen. Angesichts dessen, daß der Sprung aus den Startlöchern nicht gleichzeitig erfolgte und die Länder sich durch unterschiedliche Strategien leiten ließen, blieben die Konturen des Geschehens eine Zeitlang

unscharf. Eine Hauptkomponente und zugleich eine Konstante der allgemeinen, chaotisch anmutenden Bewegungen, die sich in Asien ergaben, war zweifellos der Kommunismus.

Ein klares Bild lässt sich aus dieser Erkenntnis nicht gewinnen, da es ebensoviele Arten von Kommunismus wie viele Staaten und Fraktionen desselben es gegeben hat, und machmal noch mehr. Außerdem war dieser oft mit einem aus der Frustration über die Kolonialherrschaft entstandenen Patriotismus verschmolzen. Und es darf nicht übersehen werden, daß eine neue potentielle Großmacht in den Ring gesprungen war: das ehemals ohnmächtige China, das im 19. Jahrhundert ein Opfer der europäischen Kolonialmächte gewesen war und jetzt meinte, einen "angemessenen Platz an der Sonne" erreichen zu müssen.

Auch die Dynamik der Pekinger Motivation geht vornämlich auf zwei Antriebe zurück: einmal die bolschewistische Eschatologie, die an das Endziel "Weltrevolution" festhielt, zum andern jedoch, und dieses schien manchmal wichtiger zu sein, eine starke patriotische Komponente, gewißermassen eine Revanche für das von China erlittene Unrecht, das ihm, nach Pekinger Sprachregelung, durch "ungleiche Verträge" widerfahren war. Dabei handelte es sich um solche Verträge, die im vergangenen Jahrhundert unter Ausnutzung der Schwäche Chinas dem Lande durch die europäischen Großmächte - einschließlich Rußland - aufgezwungen wurden.

Ein weiterer gewichtiger Grund für den 1960 ausgebrochenen Konflikt zwischen Peking und Moskau war der in dieser Periode erfolgte "realpolitische Umschwung" unter dem neuen "roten Zaren" Nikita Sergejewitsch Hruschtschew; dieser leitete nach 1956 die Öffnung gegenüber dem "kapitalistischen" Westen, insbesondere jedoch gegenüber den

Vereinigten Staaten ein. Dieser Bruch, der praktisch einem Verzicht auf das klassische eschatologische Postulat "Weltrevolution" gleichkam, versetzte sogar das unter der Knute des rabiaten Diktators Enver Hoxha ächzende winzige Albanien in eine euphorisch-pathologische Transe und führte Tirana zudem zu einem ebenso absurden wie unversöhnlichen Gegensatz zu Moskau. Der chinesisch-sowjetische Konflikt bedeutete zugleich die wichtigste Zäsur in der Geschichte der kommunistischen Weltbewegung seit der "Oktoberrevolution" und war zugleich ein existenzgefährdender Bruch des bolschewistischen "Commonwealth". Dieser führte drei Jahrzehnte später zum Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums.

China mußte sich freilich nach 1948 noch eine Zeitlang in Geduld üben, bis es soweit war, sich auf den Weg zu eigenen eschatologischen Zielen zu machen. Damals, in den fünfziger Jahren, war es durch den Bürgerkrieg und den Befreiungskrieg mit Japan noch zu schwach, um bei der Gestaltung einer neuen Landkarte des asiatisch-pazifischen Raumes, etwa in Widerstreit mit den Vereinigten Staaten, gleichzuziehen. Dennoch, es sprang von Anfang an in den Ring. Seine Ziele waren: den Kommunismus maoistischer Prägung möglichst weit in südlicher Richtung auszubreiten und, daneben, sich neue strategische Stützpunkte zu sichern. Damit verbunden waren beispielsweise die Einverleibung Tibets im Jahr 1950 und die mehrfach versuchte Einverleibung vom Gebietsstreifen entlang der chinesisch-vietnamesischen Grenze, was zu kriegerischen Auseinandersetzungen mit dem "kommunistischen Bruderstaat" führte. Und schließlich galt es für Peking auch, die zahlreichen, zum Teil sehr starken, Minderheiten in den Staaten der ASEAN-Region für sich zu gewinnen und durch sie,

nach Möglichkeit, die Politik dieser Länder zu seinem Gunsten zu beeinflussen. Dies gelang nicht, auch weil Rotchina unrealistisch war und ungeschick vorging.

Mao begann früh an den Rändern des asiatischen Kontinents zu knabbern. Selbstverständlich sprach er zunächst vorsichtig seine vermeintlichen Landsleute, die "Auslandschinesen", mit patriotischen Parolen an und erinnerte sie dabei an die Größe und historische Bedeutung ihrer Herkunftsheimat. Es erreichte damit nicht viele Angesprochene, vor allem nicht ausreichend Intelligenzler und selbstverständlich kaum "Kapitalisten". In der Masse der Minderheiten gelang es aber dem chinesischen Kommunismus Fuß zu fassen und "Stützpunkte" zu errichten, was freilich den jeweiligen Regierungen Anlaß gab, die chinesischen Minderheiten insgesamt zu verteufeln, zu unterdrücken und die Renitenten zu vertreiben.

Der Ruf als imperialistische Macht führte dazu, das China in der gesamten Region als Bedrohung empfunden wurde. Die Angst vor dem chinesischen Expansionsdrang ist bis heute nicht erloscht und wird von den despotischen Führungen der Länder der Region als Rechtfertigung benutzt, die Bevölkerung mit "harter Hand" zu regieren. Dies ermöglichte den Vereinigten Staaten ihre Position als Hort der Demokratie in Erinnerung zu bringen und zu festigen; ein Prestige, das erst durch ihren Einsatz in Vietnam Risse bekam. Trotz der nahezu einhelligen Ablehnung des Vietcongs durch die Völker der südostasiatischen-pazifischen Region wegen seiner eigenen kleinimperialistischen Anwendungen entstand in den sechziger und siebziger Jahre eine Art Solidarisierung mit den Vietnamesen gegen die "Einmischung" der Großmächte - zumal jene kriegerischer Art - in ihren inneren Angelegenheiten. Eine Zeitlang machte man nicht viel Unterschied zwischen China, der UdSSR und den USA. Ähnlich

reagieren übrigens auch in das Europa unserer Tage viele linklastige Politiker und Teile der Bevölkerung wenn es darum geht, den "imperialistischen Einsatz" einer vermeintlich kriegslüsternden NATO gegen die "für ihre Unabhängigkeit kämpfenden tapferen Jugoslawen" anzuprangern. Die politische Kultur Asiens ist von jener der europäischen Nationen doch nicht so leicht auseinanderzuhalten.

Nach Jahren der Überlastung und Verwirrung, in denen die Vereinigten Staaten vorwiegend damit beschäftigt waren, in Europa die verherrenden Folgelasten des Krieges und der Entscheidungen von Moskau (Oktober 1944) und Jalta (Februar 1945) irgendwie logisch einzuordnen und zumindest Westeuropa vor dem Zugriff Moskaus abzuschirmen; in Asien wiederum, die schlimmsten Folgen der japanischen Besetzung behäufsmäßig zu beseitigen und für einige Ruhe zu sorgen, machte sich Washington Ende der vierziger Jahre daran, im südosiasiatisch-pazifischen Raum wieder aktive Präsenz zu zeigen. Es trachtete, das nach der Niederlage Japans entstandene Machtvakuum durch neue Kräfte zu ersetzen; und es hatte dabei nicht immer eine glückliche Hand. Wie in Europa, wo Washington die Sowjetunion als Ansprechpartner und gewißermassen als Garant für Stabilität im östlichen Teil des Kontinents auserkor, griff es auch in den Staaten des ostasiatisch-pazifischen Region bei der Auswahl der Partner oft daneben. Kreaturen wie Ferdinand Marcos und Achmed Sukarno sorgten selbstverständlich für Stabilität in ihren Ländern, hinsichtlich deren Qualität machte sich Washington aber, fast wie überall sonst in der Welt und zu allen Zeiten, wo und wann es um die Herstellung von Law and Order ging, keine - zumindest keine auf Grundwissen und Erfahrung begründeten - Gedanken; es war zunächst und vordererst um die vordergründige Beseitigung der Schäden

bemüht, wobei es dabei oft bloß um kosmetische, innenpolitisch "verwertbare" Maßnahmen ging. Und es schritt zumeist ohnehin erst dann an die Beseitigung unliebsamer, vor der öffentliche Meinung daheim schwer zu vertretenden Mißerfolgen, wenn das Kind längst in den Brunnen gefallen war; wie in Bosnien und in Kosovo, wie in den Philippinen und Indonesien.

Gegenüber den ehemaligen europäischen Kolonialmächten besitzen die Amerikaner einen entscheidenden psychologischen Vorteil bei den Asiaten: sie hatten hier, wenn man die Philippinen ausnimmt, - zwischen 1898-1935 eine Art von Protektoratstatus inne - keine Kolonien. Darüberhinaus kämpften sie erfolgreich gegen den japanischen Invasoren und erklärten sich sofort nach dem Sieg bereit, den Staaten der Region finanziell und wirtschaftlich unter die Arme zu greifen. Sie gingen oft, aber durchaus nicht immer, mit guten Intentionen an die Sache. In Ermangelung gesicherter Sachkenntnisse und Erfahrungen mit fremden Völkern und Kulturen begingen sie aber fast ebenso oft schwerwiegende, manchmal nicht wiedergutzumachende Fehler. Ein ebensolcher war in Europa die Betrauung der Sowjetunion mit der Gewährleistung der Ordnung im Osten, in Asien und in Lateinamerika wiederum mit der Unterstützung von üblen Diktatoren. Sicher wurden solche Fehler von Politikern begangen. Diese mußten aber in aller Regel nicht mit der demokratischen "Zänsur" von an internationalen Fragen so gut wie gar nicht interessierten Wählerschichten zu tun. Die "Los Angeles Times", nach Auflagenstärke drittgrößtes Blatt des Landes, mußte 1997 das Erscheinen der Wochenbeilage "Internationale Politik" wegen Mangel an Interesse in den Reihen der Leserschaft einstellen.

Einem britischen Autor, dem genialen Henry Graham Greene (1904-1991), ist es

in einem 1955 erschienen psychologischen Roman, "The Quiet American", vortrefflich gelungen, am Beispiel eines Bostoner, der im Strudel der widersprüchlichen Ereignisse jener Zeit in Vietnam verschlagen wurde, nicht mehr wußte, was ihm geschah, das Porträt eines archetypischen Exemplars der "Neuen Welt" zu zeichnen. Der Romanheld war nach Indochina als vermeintlicher Experte gekommen: ein vom Schicksal vorprogrammiertes Opfer.

Eine der maßgeblichen Ursachen für die amerikanischen Fehlschlüsse und Fehlentscheidungen bei der Einschätzung von Umständen und von Eingriffsmöglichkeiten rund um die Welt ist der Mangel an gesicherten Kenntnissen und vor allem die Blauaugigkeit, mit der amerikanische Bürger sich in die "Höhle des Löwen" begeben. Von messianischem Drang getragen stürzen sich Amerikaner blindlings "ins Vergnügen" und sind dann frustriert, wenn sie von den Ansprechpartnern oft nicht verstanden werden. Dialoge zwischen Amerikanern und Asiaten (oder Europäern) geraten leicht "casualy" in Leerlauf; und der Dialog "zwischen Taubstummen und Blinden" führte zwangsläufig zu fatalen Mißverständnissen, deren Folge manchmal Kriege waren.

Besonders kontraproduktiv und manchmal gefährlich erweist sich das Sendungsbewußtsein vieler Amerikaner, wobei dieses bei vielen Politikern mit Blick auf die Wählerschaft oft aufgebauscht und noch oft vorgespült wird. Europäer und Asiaten sind vergleichsweise zurückhaltender, obwohl auch sie zunehmend an amerikanischen Beispielen zären. So entsteht im interationalen Dialog ein Schleier, der die Wirklichkeit vernebelt, die Sicherheit verdrängt und den Spekulationen und Manipulationen Tür und Tor öffnen. Die amerikanischen Medien, von Politikern gebrieft und animiert, begleiteten den Vietnamkrieg in der ersten, Aufschwungsphase mit blumigen Metaphern

und euphorischen Floskeln. Der Leser und der Fernseh-„Pazient“ wurden bewußt irreführt. Erst als die eigenen Verluste sich zu Hekatomben summierten, ließ sich das zur Tragödie gesteigerte Blutbad nicht mehr verschweigen oder rechtfertigen. Die Hyperbolik wich der blanken Kritik und ebnete den Weg zu Depression und Verzweiflung. Die „Heimatfront“ war den Hiobsbotschaften und -kommentaren einfach nicht mehr gewachsen; und der Krieg ging dabei verloren. Was die Masse der Bevölkerung nach jahrzentelangen irreführenden Berichten und Auslegungen nicht mehr zu verdauen vermochte, war die krasse Diskrepanz zwischen den vielen als Realität verkauften Bildern und der tatsächlichen Wirklichkeit. Der deutsch-amerikanische Politikwissenschaftler, Historiker, Rechtsgelehrte und Philosoph Eric Voegelin sprach in diesem Zusammenhang von einer „zweiten Realität“ der Menschen unserer Zeit, eine durch „comic strips“ und „science fiction“ zum Fabulieren gedrängten und animierten Zeitgenossen. Man fragt sich unter den gegebenen Umständen, wie sich ehrliche Politiker in unseren Tagen noch anstellen

müßten, um, ohne Verletzung demokratischer Postulate, eine vernünftige Politik zu betreiben; ein, wie es scheint, äußerst schwirriges Unterfangen.

Angesichts der vielen Dinge, die im südostasiatisch-pazifischen Raum im letzten Halbjahrhundert schief liefen, verwundert es nicht, daß auch bei den Asiaten Skepsis aufkam, daneben aber auch die Selbstkritik, bei schwindender Logik, zu verschwinden droht. Das mag erklären, wieso in den Gassen und Straßen der Städte in Krisensituationen das Gebrüll der Massen mit stereotyper Wiederholung des abgedroschenen Slogans „Amy go home!“ widerhallt. Auch das eine Art Annäherung Asiens und Europas auf der überhandnehmenden Ebene des Absurden. An der Schwelle zum dritten Jahrtausend obsigt in vielen Teilen der Welt und sozialen Schichten die Irrationalität; und etwaige Gegenkräfte, etwa Intellektuelle und Amtsträger, werden von den Kochorten der Dummlinge verdrängt oder verzichten selber, bei falscher Auswahl der Prioritäten, auf Gegenwähr.

Erster Teil

Die ASEAN (Association of South East Asian Nations) Eine analytische Betrachtung

1. Eine Großregion im Werden.

(Eine Untersuchung der endo- und exogenen Gestaltungsfaktoren)

Der „Verband der südostasiatisch-pazifischen Staatengemeinschaft“ (ASEAN), mit Sitz in Jakarta, wurde am 8. August 1967 in Bangkok, Thailand gegründet. Gründerstaaten waren *Indonesien, Malaysia, die Philippinen, Singapur und Thailand*. Als Ziele wurden genannt: die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Zusammenarbeit zur Festigung des Friedens in Südostasien. Zugleich wollte man eine „Zone des Friedens, der Freiheit und der

Neutralität“ (ZOPFAN) und eine „Südostasiatische atomwaffenfreie Region“ (SEANWFZ) schaffen. 1984 trat der Organisation *Brunei* bei. 1997 wurden auch *Laos* und *Myanmar* (früher *Birma*) aufgenommen. Der Beitritt *Kambodschas* wurde über Jahre verzögert, weil gewisse „Hausarbeiten“ noch nicht gemacht waren. Die Machtverhältnisse im Lande waren noch nicht restlos geklärt. Der Massenmörder Pol Pot ist erst im Frühjahr

1998, ein kranker Greiß, den Behörden übergeben worden; er verstarb Monate darauf in Haft. Die Aufnahme Kambodschas erfolgte am 30. April 1999. Die ASEAN zählt somit gegenwärtig zehn Mitglieder.

In der Gründungsakte der ASEAN fehlte bezeichnenderweise ein Land, *Vietnam*, das erst 1995 Aufnahme fand, das aber eigentlich den Anlaß für die Entstehung der Organisation geboten hatte. Vietnam befand sich seit 1946 im Krieg mit Frankreich (bis zur Schlacht von Dien Bien Phu, die letzte Bastion der Kolonialmacht Frankreich, die 1955 von der Vietcong eingenommen wurde). Diese Schlacht besiegelte bekanntlich auch die Niederlage Frankreichs. Nach zehnjähriger Unterbrechung, eine Zeit die freilich keineswegs friedlich verlief, begann der Krieg Vietnams mit den Vereinigten Staaten, der erst 1975 endete. In den zehn Jahren, in denen die USA Krieg in Vietnam führte, wurden bis zu 540 000 amerikanische Soldaten in die Schlachten geworfen. Davon fanden rund zehn Prozent den Ehrentod, wie man heute weiß, für nichts und wieder nichts. Schwer angeschlagen mußten die Resttruppen, unter abermaligen hohen Verlusten, überstürzt das Land verlassen. Zurück blieb eine gemarterte, feindliche Nation. Ein neuer Graben war zwischen Asien und der westlichen Hemisphäre entstanden, von dem nicht einmal die Kommunisten, welche jahrzehntelang den Konflikt geschürt hatten, Profit schlagen konnten. Ein weiterer Scherbenhaufen in der Geschichte der Menschheit. Der Vietnamkrieg hat insgesamt mehr zwei Millionen Opfer gekostet.

Als die fünf Gründerstaaten 1967 zusammentraten, war der Vietnamkrieg bereits in vollem Gang. Und dieser Krieg war eigentlich der Anlaß für den Zusam-

menschuß der ASEAN-Länder: eine eminent sicherheitspolitische Entscheidung einer bedrohten Region, die nach Jahrhunderten der fremden Knechtschaft nicht noch einmal in Abhängigkeit wesensfremder und aggressiver Mächte geraten wollte. Allein schon die Berührung mit dem Kapitalismus hatte den noch in Traditionen verwurzelten Asiaten am Anfang gravierende Probleme beschert. Darüberhinaus erging die Bedrohung diesmal von einer "ideologischen Subkultur" aus, die den Menschen in Asien noch fremder als seinerzeit der Kapitalismus vorkam.

Der Vietnamkrieg war von den beiden kommunistischen Supermächten, der Sowjetunion und Rotchina, zunächst ideologisch und dann auch machtpolitisch mitgetragen; und für die gesamte Dauer des Konflikts zwischen 1946-1975 ging es den beiden Bezugsmächten darum, ihre Macht nach Ost- und Südostasien zu verbreiten. Nicht einmal in der ersten Phase der Auseinandersetzungen gab es gemeinsame Interessen und Zielsetzungen. Die UdSSR, der vom Westen 1945 ein halbes Kontinent kredenzt wurde, war noch nicht zufrieden gestellt und wollte kraft ihres Selbstverständnisses, den Sozialismus sowjetischer Prägung festigen und weiter verbreiten. China betrachtete demgegenüber Asien als seine Domäne und beabsichtigte die kommunistische Ausbreitung, nach Möglichkeit, selber in die Hände zu nehmen, und zwar entsprechend eigener Vorstellungen. Die Eskalation des Gegensatzes zwischen den beiden "Supermächten" war kaum noch aufzuhalten.

Vietnam ließ sich selbstverständlich gerne helfen, es wurde aber zu keinem Zeitpunkt hörig; Hanoi ging es ursprünglich nicht primär um den, auch ihm wesensfremden, Kommunismus und schon gar nicht um dessen maoistische Abart. Es

wollte vor allem die Kolonialmacht Frankreich und den "Eckpfeiler des Kapitalismus", die Vereinigten Staaten, ein für alle Mal aus dem Land vertreiben. Und was die späteren ASEAN-Staaten betrifft, so hatten diese seit dem Sieg Mao Tse Dungs über die Restarmee Tschang Kai Scheks, der 1948 mit den verbliebenen Truppen seines "Kuomingtangs" sich Hals über Kopf nach Taiwan (damals noch *Formosa*) absetzen mußte, panische Angst vor einem Überschwappen des Kommunismus über das Südchinesische Meer. Ihre politische Führung lag damals – und liegt zum Teil bis heute noch – in den Händen von Diktatoren, von denen die Völker zu Recht vermuteten, sie stünden im Sold, zumindest jedoch unter dem Einfluß, des Westens. Sicher waren die meisten politischen Chefs zu Beginn ihrer Karriere im geringeren oder stärkerem Maße Günstlinge des Auslands. Mit der Zeit gewannen sie aber weitgehende Ellenbogenfreiheit und, nach außen hin, Statur.

Bekanntlich hatten die verfeindeten kommunistischen Großmächte, die UdSSR und Rotchina, mit Bezug auf Vietnam nur bedingt gleiche Interessen. Moskau und Peking beabsichtigten zwar, nach Beendigung des zweiten Weltkrieges ihre respektiven Positionen weltweit zu festigen, jedes war aber darauf bedacht, sich eine größere Scheibe vom "Nachlaß" der Kriege zu sichern. Und China war noch, man darf nicht vergessen, nach jahrzehntelangem Krieg und Bürgerkrieg, auf sowjetische Unterstützung angewiesen. Auch nach dem 1960 erfolgten Bruch zwischen den roten "Supermächten" verband sie freilich noch die Ideologie.

2. Die Mitgliedstaaten

A. Von den Gründungsmitgliedern geht es dem an sich reichen Indonesien am schlechtesten. Die "Asienkrise", welche die gesamte Region gezeichnet hat, wirkte sich für den Archipelstaat in vielerlei Hinsicht katastrophal aus. Jakarta ist seit der

Außen- und wehrpolitisch gingen sie freilich nach 1960 getrennte Wege und versuchten wiederholt, sich die ehemalige Klientel gegenseitig abzuwerben und, manchmal, sogar sich Schaden zuzufügen. Gründe dafür hatten beide Staaten zuhauf und machten davon fantasievoll gebrauch. Als der Gegensatz 1960 mit Wucht ausbrach, warfen sie sich leidenschaftlich die übelste Beleidigung an den Kopf: sie bezeichneten sich als "Sozialfaschisten", erstaunlicherweise den gleichen Begriff. Die anderen kommunistischen Staaten der Welt weigerten sich dieses *epitheton ornans* zu übernehmen; es blieb also über die ganze Zeit der Trennung, bis 1990, eine eigentypische Formulierung der kommunistischen "Supermächte". Seither wurden vordergründig die Beziehungen auf staatlicher Ebene wiederaufgenommen, von gegenseitiger Zuneigung kann jedoch dabei nicht die Rede sein.

Das Zusammenwachsen der ASEAN-Staaten verläuft in vielerlei Hinsicht langsamer und ist auch weniger erfolgreich als jenes der westeuropäischen Länder. Größtes Handicap stellt im Falle der südostasiatisch-pazifischen Gemeinschaft die Geographie dar und zwar nicht allein auf zwischenstaatlicher Ebene, sondern vielfach auch innerhalb der Länder selber. In solchen Fällen liefert meistens die Rivalität zwischen Ethnien und Konfessionen den Zündstoff für Unruhen. In den ASEAN-Hauptstädten haben dann die jeweiligen Machthaber und weniger oft irgendwelche Schlichtungsgremien und Schiedsrichter das Wort.

Erringung der Unabhängigkeit Indonesiens im Jahre 1945 wiederholt von Krisen unterschiedlichster Art geschüttelt worden und berietis einmal, 1965, mußte ein Präsident, Achmed Sukarno, das Feld räumen. Die derzeitige Krise zwang seinen

Nachfolger Kamusu Suharto, sich "in die Büsche zu schlagen". Ebenso wie sein Vorgänger Sukarno wurde er von den revoltierenden Massen gestürzt. Beide Male mußten die Diktatoren für ihre Mißwirtschaft und korrupten Amtsführung ihr Amt aufgeben. Es ist nicht so, daß Indonesien ein leicht zu regierender Staat sei. Es ist aber ein wohlhabendes Land und es hätte durchaus die Möglichkeit gehabt, bei angemessener Führung sich über Wasser zu halten und den knapp 200 Millionen Bürgern einen vergleichsweise überdurchschnittlichen Lebensstandard zu gewährleisten. Wie es aber oft bei Diktatoren und in Diktaturen geht, haben die Korruption und die Inkompetenz des Systems das Rennen gemacht. Der Sturz Suhartos war längst fällig. Dieser konnte sich aber auf die von seinen "Obristen" geführten Armee, auf die Polizei und die Geheimpolizei, verlassen; bis es dann überhaupt nichts mehr weiter ging. Suharto hinterließ einen Scherbenhaufen.

Wie kann ein Land regiert werden, dessen Fläche drei Zeitzonen umfaßt und das aus 23 677 Inseln besteht, fragen sich viele Experten? Die Tatsache, daß nur 6044 davon bewohnt sind und viele hundert nur eine geringe Bevölkerungszahl aufweisen, erleichtert nicht nennenswert die Arbeit der zentralen Regierung und die Aufgaben der Verwaltung. Indonesien begegnet mit einer Gesamtfläche von 1,9 Millionen km² und einer Gesamtbevölkerung von nahezu 200 Millionen Einwohnern, Schwierigkeiten, mit denen auch Staaten wie etwa Rußland, das auf eine tausendjährige Geschichte zurückblicken kann, nur schwer fertig werden. Das Schwellenland Indonesien hat aber erst vor einem halben Jahrhundert den Kolonialstatus abschüttelt.

Einige der großen Inseln empfinden sich als weitgehend autonom und weisen ausgeprägte kulturelle Identität vor. Dazu zählen beispielsweise die größte Insel des

Sunda-Archipels, Borneo (Kalimantan, ohne den nordwestlichen Zipfel), sowie die Inseln Sumatra und Java, dann das Sulawesi-Archipel, mit der Hauptinsel Celebes, die kleinen Sunda-Inseln, Bali, Lombok, Flores, und Timor, wobei letztere, sich erst seit kurzem auf dem Weg der Autonomie befindet. Timor, ein kleines Gebiet im Nord-Westen Borneos gelegen, ist ehemalige holländische Kolonie, wurde aber 1975 vom Diktator Kamusu Suharto (1965-1998) gewaltsam einverleibt. Seither war Timor vom Bürgerkrieg erschüttert. 1979 übernahm der Dichter und Zeitungsmann Xanana Gusmao die Führung der Untergrundbewegung, die "Fretilin". 1992 verhaftet und zu zwanzig Jahren Kerker verurteilt, saß er im Gefängnis der Hauptstadt Dili ein. 1998, nach dem Sturz des Diktators Suharto entlassen, hat er sich geweigert das Gefängnis zu verlassen. Da Gusmao von der indonesischen Regierung als Kommunist gestempelt wurde, weigerte sich der amerikanische Staatssekretär Henry A. Kissinger 1975 Einspruch gegen die Einverleibung Osttimors in den indonesischen Staatsverband zu erheben.

Die vielen Ethnien, die über zum Teil altehrwürdige Kulturen verfügen, die vielen Religionen, für die der Begriff Toleranz vielfalls ein Fremdwort ist, und die zahlreichen geographisch bedingten Unterschiede machen es auch vortrefflichen Politikern und Beamten schwer, eine nationale Einheit zu verwirklichen. Mit einem Anteil von 87,2% der Bevölkerung bilden die Muslime eine stattliche Mehrheit; ihr Bildungsstand ist aber von Insel zu Insel, von Region zu Region unterschiedlich und entsprechend verschieden ist auch deren Einsicht über das Zusammenleben mit den Angehörigen anderer Kulturkreise.

Zweitgrößte religiöse Minderheit sind mit 9,6% die Christen, von denen die Römischen Katholiken die Mehrheit bilden; Der Anteil der Hindus beträgt 2%, jener

der Buddhisten 1%. Probleme gibt es hauptsächlich zwischen den Angehörigen der Muslime und der Christen. Seit Winter 1998/99 haben islamistische Extremisten auf Sumatra die Christen brutal verfolgt und mißhandelt. Der Grund dürfte eher ethnischer als religiöser Natur sein. Ein Großteil der Christen sind nämlich ethnische Chinesen, und die Indonesier haben bereits in den fünfziger Jahren mehrmals ihr Haß gegen die wohlhabende chinesische Minderheit, damals unter dem Vorwand, sie seien "Maoisten", in Gewalt verwandelt. Die Indonesier fürchten nämlich, daß die fleißigen und erfahrenen Chinesen einen noch beträchtlicheren Anteil am Bruttosozialprodukt in ihre Hände bekommen könnten.

Weniger Probleme wirft die Sprachenfrage auf; es gibt zwar auf den tausenden von Inseln an die 300 Idiome. Dennoch, seit Jahren setzt sich allmählich ein "Pidgin"-Holländisch durch, ein "Nachlaß" der ehemaligen niederländischen Kolonialmacht, das von der Mehrheit der Bevölkerung verwendet wird. Ebenso wie das in Indien und in der Karibik gesprochene Pidgin-Englisch erfüllt auch die Sprache der Holländer die Rolle einer lingua franca, was niemanden zu stören scheint. Ob diese Sprache ein Vehikel hin zur gesellschaftlichen Einheit sein kann, steht in den Sternen.

Ein schwieriges Problem, das ein großes Hindernis für das Zusammenwachsen der Bevölkerungsteile darstellt, ist das Verkehrswesen. Der Verkehr ist teuer, unzuverlässig, gefährlich und schlecht. Die Verbindung zwischen den Inseln wird überwiegend durch Ferrys gewährleistet; diese muten aber vorsintflutig an und tatsächlich versinkt nahezu monatlich eines davon, aus "Altresschwäche" oder wegen Überladung. Und, der Bestand wird kaum erneuert. Die Zahl der Passagiere die bei Unfällen von Ferrys ertrinken, geht alljährlich in die vielen Tausenden.

B. Ähnlich und dennoch in wesentlichen Aspekten anders stellt sich ein weiteres Inselreich dar, das aus der geopolitischen Realität und der Geschichte mehr Vorteile als Indonesien zu holen vermochte: *die Philippinen*. Dieses Land zählt viele Inseln, genau 7100 an der Zahl, erreicht aber mit einer Gesamtfläche von "bloß" 300 000 km² nur einen mittleren Rang unter den Staaten der Großregion. Auch die Bevölkerungszahl, knapp 70 Millionen Einwohner, verschafft den Philippinen keinen besonderen Rang unter den Ländern der Welt.

Die Vorzüge der Philippinen gegenüber Indonesien beruhen auf mehreren historisch gewachsenen und auf geographischen Vorteilen: zum einen, "nur" 860 von den rund 7100 Inseln sind bewohnt, wobei 360 davon eine Fläche von weniger als 2,5 km² aufweisen, wodurch letztere weder eine demographische noch eine ökonomische Bedeutung für das Land besitzen. Zwei große Inseln teilen sich zwei Drittel der Gesamtfläche des Landes: Luzon cca 105 000 km², Mindanao 95 000 km². Auch der Bevölkerungsanteil dieser Inseln an der Gesamtbevölkerung ist entsprechend groß. Auf Luzon leben sechzehn, auf Mindanao an die sieben Millionen Phillipinos. Weitere bedeutende Inseln sind Samar, Negros, Palawan, Panay. Die Verkehrstrecken zwischen den Inseln sind – wiederum in Vergleich zu Indonesien – beträchtlich kürzer; und die Philippinen sind – auch ein Vorteil – lediglich auf einer Ozeanfläche verstreut, die eine einzige Zeitzone umfaßt: Zwischen dem 19. und dem 7. Längengrad, nördliche Hemisphäre.

Weitere, nicht gering zu schätzende Vorteile sind:

- die Philippinos sind auf Grund ihrer neueren Geschichte ein weitgehend geschlossenes Volk, obwohl sie unterschiedliche Ethnien aufweisen: 40% Jungmalaien, 30% Indonesier und Polinesier, 10% Altmalaien und Negritos, 10% Chinesen und 5% Inder.

- eine ebenfalls weitgehend gemeinsame Konfession trägt wesentlich zur politischen Geschlossenheit der Gesellschaft bei. Dies ist darauf zurückzuführen, daß die Philippinen zu einem frühen Zeitpunkt in den Kulturkreis der Europäer aufgerückt und zum Christentum übergetreten sind. Im Jahre 1521 von den Spaniern besetzt und 1543 unter der Herrschaft von Felipe II. in wenigen Jahrzehnten zum Christentum bekehrt, übernahmen die Philippinos nicht nur den Namen des spanischen Königs sondern auch viele spanische Weltanschauungen und christliche Verhaltensweisen sowie geistige und ethische Wertungen. Die geistlichen Orden führten ein strenges Regiment und waren damit weitgehend erfolgreich. Dank ihrer mustergültigen Bildungspolitik entwickelte sich bis zum 17. Jahrhundert neben einer vortrefflichen Beamtenschicht auch ein effizientes Unterrichtswesen. Die erste Universität wurde in Cebu errichtet. Die Sitten und Bräuche waren in vielen Einzelheiten den spanischen Verhaltensmustern entlehnt.

- die zivilisatorische Kontamination kommt auch dadurch zum Ausdruck, daß die Philippinos spanische Vor- und Nachnamen erhielten.

Im amerikanisch-spanischen Krieg von 1898 unterstützten die Philippinos zunächst die USA. Die politische Führungsschicht versuchte noch während des Krieges die Zusage Washingtons, nach dem Sieg die volle Unabhängigkeit zu erhalten, einzuholen. Die Amerikaner willigten zunächst zu, hielten aber das Versprechen nicht ein. So nahmen die USA die Stellung der Spanier, als hätte es niemals gegenteilige Absprachen gegeben, die Stellung der Spanier als Kolonialmacht ein. Die Philippiner griffen darauf prompt zur Waffe und führten einige Jahre einen mörderischen Guerillakrieg.

Ein Schritt hin in Richtung auf Emanzipation erfolgte 1907, als das 1902 gegründete Parlament mehr Befugnisse erhielt. 1916 brachte ein weiterer Schritt die Philippinen näher an ihren Wunschtraum: diesmal war es der Präsident Thomas Woodrow Wilson, der den nächsten Schritt veranlasste. Er erweiterte noch einmal die Kompetenzen des philippinischen Parlaments; und dies war schon der vorletzte Schritt bis zur Unabhängigkeit. 1935 gelang es den Philippinen die Würde eines Commonwealth-Mitglieds zu erlangen, was die volle Souveränität bedeutete; und dieser Status prägte entscheidend ihr Selbstbewußtsein. Es entwickelte sich darauf sogar eine Art Solidarität zwischen Manila und Washington, was den Philippinen zuträglich war. Bei internationalen Treffen stimmten die beiden Staaten oft unisono. Die Herrschaft von Diktatoren, etwa jene von Ferdinand Marcos, trübten die Beziehungen nicht weiter.

Größere und beständigere Unruhen verursachten Untergrundaktivitäten einheimischer Kommunisten, in ihrer Mehrheit Muslime (zum Islam bekennen sich etwa 5% der auf Mindanao lebenden Philippinos und selbstverständlich waren nicht alle Mahomedaner bekennende Kommunisten). Aber auch jene die keine Kommunisten waren, unterstützten diese gelegentlich. So hielt die kommunistische Rebellion gegen Manila ununterbrochen 25 Jahre an: von 1971 bis 1996. Nach der Auflösung der UdSSR herrschte für kurze Zeit Ruhe und auch die zaghafte Annäherung der UdSSR an den Westen trug dazu bei. Die Philippinen gelten heute als stabiles Land.

C. Auch Malaysia belegt mit seinen 330 000 km² Fläche und einer Bevölkerungszahl von rund 20 Millionen einen mittleren Rang unter der Staaten der Region. Der Nachbarschaft Singapurs, das seinerzeit mit Malaysia verbunden war, und der Tatsache, daß 30% der Bevölkerung

Chinesen sind, hat Malaysia zu verdanken, daß die überraschend breite Oberschicht sich ohne weiteres mit einer beliebigen europäischen "Yuppie"- Gesellschaft vergleichen lassen kann. Auch in Malaysia wird High-Tech hochgeschrieben, auch in diesem Land gehören die Manager zur gesellschaftlichen Elite; und auch in Kuala Lumpur stößt man üblicherweise in Bars, Night Clubs oder im Bankenviertel auf jüngere und ältere Managertypen, die läßig ihr *Wall-Street Journal* oder ihr *Financial Times*, für alle Welt sichtbar in der Jackentasche tragen.

Freilich, auch diese Klasse bildet eine Minderheit, aber auch die anderen sozialen Schichten weisen einen höheren Standard als vergleichbare Gruppen in den meisten anderen ASEAN-Staaten auf. Und auch die große Masse ist vergleichbar mit der Mehrheit der Bevölkerung in den europäischen Ländern. Viele Malaien zeichnen sich durch Geschäftigkeit und hohe Arbeitsmoral aus. Sie sind im allgemeinen verlässlich und fleißig, Qualitäten die zwar auch anderswo in Asien anzutreffen, scheinen hier aber mit einem Schuß mehr an Weltläufigkeit behaftet zu sein. Um den Anspruch zu untermauern, zu den wichtigsten Staaten der Welt zu gehören, ließ Präsident Mohamad Mahathir vor wenigen Jahren in Kuala Lumpur das höchste Gebäude der Welt errichten. Selbstverständlich ein Zug einer auch in anderen Schwellenländer anzutreffende Gigantomanie.

Zwischen der starken chinesischen Minderheit (rund 30%) und der bodenständigen Mehrheit der Malaien (62%), gibt es kaum Reibereien. Das leidliche Verhältnis zueinander geht auf die in hohem Maße vorhandene, ethnisch bedingte, Arbeitsteilung zurück. Die technische und wirtschaftliche Oberschicht stellen mehrheitlich die Chinesen. Viele Malaien wiederum sind Mittelständler, Werkmeister und Facharbeiter; die Masse

der Minderqualifizierten rekrutiert sich aus dem Ausland, sind "importierte Gastarbeiter" und viele davon sind Muslime.

In Anbetracht des traditionell gesitteten gesellschaftlichen Lebens hatte sich die Öffentlichkeit daran gewöhnt, in Malaysia singapurische Sittsamkeit vorzufinden. Die malaiische Justiz greift oft bei besonders schweren kriminellen Verfehlungen (etwa in Fällen von Rauschgift-, Mädchenhandel oder Geldfälschung und -wäsche) mit äußerster Strenge zu. Die Gerichte fällen immer öfters die Todesstrafe, wobei die Touristen und auch fremde Geschäftsleute nicht verschont werden, auch dann nicht, wenn ihre diplomatischen Vertretungen sich besonders eindringlich für sie einsetzen.

Vor diesem Hintergrund platzte der Versuch des seit 1981 regierenden Mohamad Mahathirs, sich seines Stellvertreters mit denkbar unfairen Methoden zu entledigen, im In- wie im Ausland wie eine Bombe. Eine Nation, die von ihrem Regime "in Zucht und Ordnung" gehalten wird und um dies zu erreichen geneigt ist, äußerste Strenge walten zu lassen, empfand sich angesichts dieses öffentlichen Skandals an der Spitze des Systems von ihrem Staatschef in Stich gelassen. Kaum jemand unter den Nichteingeweihten konnte begreifen, wieso der allgemein geschätzte und als vertrauenswürdig erachtete Stellvertretende Ministerpräsident Ibrahim Anwar über Nacht zu einem gemeinen und perversen Übeltäter geworden sein soll. Ibrahim Anwar wurde von keinem geringeren als seinem Chef und vermeintlichen Freund vor Gericht gezerrt und dies, unter unglaublichen und schwer nachvollziehbaren Anschuldigungen. Er wurde nicht nur beschuldigt, große Verfehlungen im Dienst begangen zu haben, sondern - in ein islamisch geprägtes Land geradezu eine "Todessünde" - an den Pranger gestellt. Er wurde wegen homosexuellen Praktiken

verklagt, eine für einen Muslimen nicht allein ehrenrührige Anschuldigung, sondern unter besonderen Umständen auch ein Delikt, das mit der Todesstrafe geahndet wird.

Der Ende 1998 begonnene Prozeß endete Anfang Mai 1999 mit seiner Verurteilung zu einer höheren Freiheitsstrafe. Die Prozeßführung war bis zuletzt, bewußt oder unbewußt, ungeschickt. Der vorgeführte Angeklagte wies wiederholt sichtbare Zeichen von körperlicher Mißhandlung auf. Niemand war bereit, die Öffentlichkeit darüber aufzuklären, wer die Schuldigen wären; ein hoher Polizeioffizier gab immerhin zu, vom Verteidiger des Angeklagten in Kreuzverhör befragt, er sei "umgedreht" worden. Und ein weiterer Belastungszeuge machte, vom Verteidiger in die Mangel genommen, seine Aussage, auf eine Anweisung höherer Instanzen hin, unter psychischen Druck stehend, gemacht zu haben. Die Nachrichten in den Zeitungen und elektronischen Medien belieferten ihrerseits, zwar unter Einhaltung formeller Zurückhaltung, jedoch recht anschaulich, ihr Publikum mit Informationen, die von jedermann richtig verstanden wurden. Sie werden in gewohnt schwammiger, euphemistischer Manier verabreicht und in Tamredewendungen gekleidet. Es sah dennoch des öfteren danach aus, daß es dem Regime nichts ausmachte, wenn die Bevölkerung richtig versteht.

Übereinstimmend meinten die ausländischen Beobachter, daß Mahathir neben von persönlichen Gründen auch von politischen Ambitionen getrieben war. In der asiatischen und atlantischen Presse ist wiederholt die Ansicht vertreten worden, Mahathir habe "moralischen Schaden" erfahren, was ihm später die Karriere kosten könnte. Auch über seine Gründe wurde gemutmaßt. Im April 2000 sollten nämlich in Malaysia Wahlen abgehalten werden und der gegenwärtige Ministerpräsident

beabsichtige, anstelle Anwar den Außenminister Abdullah Ahmad Badawi, einen "Spezi", zu seinem Stellvertreter wählen zu lassen. Die Stimmung in der Bevölkerung konnte nicht schlechter sein. Bis zu den Wahlen blieb aber noch ausreichend Zeit, um die Stimmung erneut "umzudrehen".

D. Neben Singapur gehört auch Thailand, trotz wiederholter ökonomischer Rückschläge und politischer Krisen, wirtschafts- und sozialpolitisch, zu den stabileren Staaten der Großregion. Selbstverständlich hatte auch die "Asienkrise" das Land zusätzlich zurückgeworfen. Das ehemals legendäre Siam wird jedoch von Kennern und Liebhabern oft mit einem Ball verglichen, der unentwegt, von einem Kind zu Boden gestoßen, sofort wieder hoch kommt.

Auf einer Gesamtfläche von einer halben Million km² leben rund 60 Millionen Menschen, von denen 90% Thais der Rest aber vorwiegend Siamesen sind. Eine winzige Minderheit besteht aus Zugereiste aus Laos, Myanmar (Birma), Kambodscha und Malaysia. Die gängige Sprache ist Thai, jedoch auch mit Chinesisch und Englisch kommt man im Geschäftsleben weiter. Verwunderlich ist, daß Thailand, trotz der Nachbarschaft mit dem von hinterwäldnerischen Obristen immer wieder terrorisierten Myanmar, und insbesondere mit dem nahezu zwei jahrzehntlang vom Massenmörder Pol Pot beherrschten Kambodscha, es immer wieder verstanden hat, davon nicht beeinflusst zu werden. Thailand mußte während des Vietnamkrieges und bis zur Kapitulation der "Roten Khmer" im Jahre 1998 jahrzehntlang Flüchtlinge aus Myanmar und Kambodscha aufnehmen, unter denen stets auch destabilisierende Elemente, Spione und Mafiosi, geschleust waren. Diese konnten aber keinen größeren Schaden ausrichten.

Der relativ hohe Bildungsgrad prägt die politische Kultur der Bevölkerung, diese

höher liegt als die in vergleichbaren Ländern. Dies erklärt, wiederum warum Krisen rascher und leichter bewältigt werden konnten, so daß die dem Volk angeborene und anerzogene Weltoffenheit nicht beeinträchtigt wurden konnte. Bildung erwies sich auch in diesem Fall als geeignetes Fangnetz für Unzufriedenheiten und Konflikten. Die sozialen Unruhen, von denen selbstverständlich auch Thailand nach dem Krieg nicht verschont wurde, mündeten niemals in Revolutionen. Die Soldateska feindlicher Truppen mußte Thailand nicht ertragen, weil es rechtzeitig den vorrückenden Japanern die Neutralität anbot. Es mußte zwar in vielerlei Weise "Tribut" zahlen, erlitten jedoch keine Menschenverluste und die materiellen Schäden ließen sich nach dem Krieg verhältnismäßig leicht beheben. Eine Bedrohung seitens Tokyo besteht gegenwärtig - wahrscheinlich für alle Zeiten - nicht mehr. So geht es dem Lande im Augenblick nicht schlecht und seit dem Winter 1998/1999 ist es wieder einmal dabei, sich von den Folgen der "Asienkrise" langsam zu erholen.

Verdienste bei der Regenerierung des Landes nach Krisen erwarb in aller Regel die Schicht der vielen jungen Wissenschaftler, die in Universitäten Großbritanniens und Frankreichs, seltener in den Vereinigten Staaten und in anderen Ländern, ausgebildet wurden. In die Heimat zurückgekehrt besetzten die Rückkehrer die zu vergebenden Stellen in der Staatsverwaltung, insbesondere aber im Handel, im Gewerbe und in der Industrie. So entstand eine kompetente Führungsschicht, die es verstand, sich Respekt bei der politischen Spitze und bei der Bevölkerung zu verschaffen. Wiederholte, von Diktaturen geprägte Zwischenspiele, hinterließen keine bleibende, irreparable Schäden. Bei den Nachbarn erzeugte dies immer wieder Neidkomplexe.

E. Singapur ist ein Stadtstaat, aber nicht deswegen allein eine Ausnahmeerscheinung in der weltpolitischen Landschaft; bekanntlich gibt es mehrere davon. Auch die Tatsache, daß es sich zu einem wichtigen überregionalen Finanzzentrum emporgearbeitet hat, trägt nicht zu seiner Einzigartigkeit bei. Herausragende Ränge als Finanz-, Weltwirtschafts-, technologische und Handelsbastione erreichten nach 1945, wie allseits bekannt, auch andere kleine Gemeinwesen wie etwa Taiwan, Luxemburg und vor allem Hong Kong. Einzigartig ist Singapur aber durch seine schier unvergleichliche geballte ökonomische und technologische Potenz, seine Stabilität - "ein Fels in der Brandung" - und seine ausgeglichene soziale Struktur. Die drei Millionen auf einer Fläche von insgesamt nur 626 km² lebenden Bürger Singapurs, davon gleich 77% ethnische Chinesen, erreichten 1996 ein pro Kopf-Bruttosozialproduktquote von 30 550 \$, wobei die Unterschiede zwischen Höchst- und Niedrigverdienste nicht enorm sind. Darüber hinaus, Singapur kennt keine Arbeitslosigkeit, gilt als eine der saubersten Metropolen der Welt, weist eine äußerst niedrige Kriminalitätsrate auf und erreicht Höchstpunkte hinsichtlich der Beschäftigtenstruktur. Rentabilitäts- und Produktivitätswerte erhalten im Weltvergleich Höchstnoten; auch die Steigerungsraten kennen in den meisten Fällen keinen Vergleich. Im Software- nimmt es ebenso wie im verzweigten Dienstleistungsbereich eine Spitzenposition ein. Die globale Bedeutung Singapurs wird zusätzlich dadurch gesteigert, daß es zu einem Verkersknotenpunkt von überregionaler Bedeutung geworden ist. Bei manchen Produktionen erzielt Singapur hinsichtlich Qualität, Preis, Entwicklungszeiten usw. Spitzenwerte. Stadt ist darüberhinaus verkehrstechnisch für ganz Südasien, den Pazifik, die ostafrikanische Küste bestens ausgerüstet.

Dieses Ergebnis wird durch modernste Industrien wie Schiffbau-, Ölverarbeitung-, eine rasch expandierende Elektronik- und Metallindustrie sowie durch eine breitgefächerte Dienstleistungspalette gewährleistet. Unzweifelhaft gehört Singapur als Sitz von Niederlassungen aller wichtigen Banken der Welt zu den Umschlagzentren erster Guteordnung; und schließlich besitzen auch nicht näher genannte Dienstleistungsunternehmen hier einen wichtigen, diskreten, aber manchmal nobel ausgestatteten "Briefkasten".

Die überaus leistungsstarke Ökonomie des Stadtstaates läßt sich durch die einzigartige Beschäftigungsstruktur veranschaulichen: 62% der aktiven Bevölkerung finden im Dienstleistungssektor Verwendung, 38% im industriellen Bereich. Im Agrarbereich verzeichnet die Statistik überhaupt keine Beschäftigten, sicher ein Ergebnis, das weltweit nicht einmal vom Vatikanstaat erreicht wird, der wahrscheinlich doch einige Gärtner beschäftigt.

* * *

Die drei noch fehlenden Staaten der ASEAN-Gruppe sind vor allem deswegen erwähnenswert, weil sie den heteromorphen Charakter der Organisation bestätigen. Jedes Land für sich ist ein Sonderfall, ergo weder untereinander noch mit den bereits erwähnten Ländern vergleichbar. Für die ASEAN sind sie freilich weniger bedeutend wie die bereits behandelten: zwei davon, Laos und vor allem Kambodscha, sind Problemfälle. Der dritte Staat ist hinsichtlich des Bruttosozialprodukts pro Kopf der Bevölkerung ein superreiches "Schlaraffenland", das in einem Märchenbuch eher passen würde als in einem Länderkatalog. Er hat unter diesen Umständen selbstverständlich keines der typischen Probleme viele andere Staaten der Region. Es heißt jedoch, daß auch Brunei, in Zusammenhang mit der "Asienkrise" die Einkommen der Untertanen drosseln müssen, wodurch der Lebensstandard

ebenfalls gesunken ist; auf hohem Niveau, versteht sich.

F. Brunei wird von einem Sultan regiert und die Nachschlagwerke verkünden, es handle sich dabei um eine "absolute Monarchie". Auch diese Angabe, eine Bestätigung dafür, wie schwer es dem Wissenschaftler fällt, ein politisches Gebilde oder ein System aufgrund seiner spezifischen Merkmale in die eine oder andere Schublade einzuordnen. Sultan Mohamed Hassanal Bolkiah, der Papierform entsprechend seit 1967 "absoluter Monarch", geht mit seinen knapp 300 000 Schutzbefohlenen pfleglich um. Er verfügt zwar als Quasi-Eigentümer des ganzen Landes über ein enormes Vermögen und ein entsprechend hohes Einkommen, jenes eines Ölmagnaten, der seinen Untertanen manches gönnt; bei einem pro Kopf-Bruttosozialprodukt von etwa 15000 \$ pro Jahr läßt sich aber auch für die Mitbewohner eine ahnsehnliche Scheibe des Kuchens abschneiden. Jedoch, die Ölpreise schwanken und auf dem Ölmarkt drängt die Konkurrenz. Es ist freilich nicht zu erwarten, daß Brunei Pleite geht oder der ASEAN-Organisation wegen unbezahlter Schulden den Rücken kehrt weil es etwa nicht mehr in der Lage ist, die Mitgliedsgebühren zu begleichen. Verspätungen bei Zahlungen könnten sich aber ergeben.

G. Unter den drei Indochina-Staaten ist allein Laos in den Indochina-Krieg von außen hineingedrängt worden und zwar durch die Vietcong und die Vereinigten Staaten, selbstverständlich getrennt und mit gegensätzlicher Absicht. Und es hat am wenigsten von den dreien gelitten. Dennoch, da auch Laos eine starke kommunistische Partei besaß, die "Pathet Lao", die von der vietnamesischen Vietcong massiv unterstützt wurde, ließen sich auch in diesem Land blutige Auseinandersetzungen nicht vermeiden.

Selbstverständlich mußte auch Laos unter den gegebenen Umständen materiellen Schaden verkraften und

zehntausende von Menschenverluste hinnehmen; freilich sind diese Verluste mit den Hekatomben in Kambodscha und Vietnam nicht zu vergleichen. Von der Außenwelt weitgehend isoliert, führt Laos heute eine Art von "Dornröschenschlaf"; nach Beendigung des Vietnamkrieges hielt es für angebracht, die Isolierung aufzugeben und der ASEAN beizutreten. Es entwickelte sich nicht das, was man üblicherweise als "aktive Politik" bezeichnen würde; es geht der politischen Führung vielmehr um Präsenz, Beteiligung an Konferenzen und Mitmachen beim treffen von Entscheidungen in der Regel alldies im Gefolge Hanois.

H. In Kambodscha gelang es erst 1991 einer unter Zeitdruck zusammengebastelten, neo-demokratischen Opposition die Macht zu übernehmen. Die "Khmer Rouge" zog sich in ein schwer zugängliches Gebiet im Nord-Westen des Landes zurück und es leistete von dort mehrere Jahre hindurch erbitterten Widerstand, wobei es obendrein die vermeintlich befriedeten Landstriche ununterbrochen bedrohte. Der Großteil der Khmer Rouge - Führung gab 1997 den Widerstand auf und startete, zunächst Friedens- und danach auch regelrechte individuelle Kooperationsverhandlungen, mit Phnom Penh. Die Verhandlungen führten zu einer Art Eingliederung einzelner ehemaliger Rebellenführer in das legitime Regime. Was genau geschah und worum es dabei ging, läßt sich bislang nicht genau erkennen. Ein Ergebnis dieser Verhandlungen war freilich die Auslieferung Pol Pots, Anfang 1998; eines alten, sehr kranken, sterbenden Mannes, der angeblich blind und taub war und sich kaum artikulieren konnte oder wollte. Pol Pot verstarb am 15. April des gleichen Jahres. Die Roten Khmer hatten den Kampf aufgegeben, es ist aber ungewiß und wenig wahrscheinlich, daß sie letztlich im pseudo-demokratischen System ganz eingegliedert werden können. Ein

Fremdkörper, und ein gefährlicher dazu, bleiben sie allemal.

Es ist nicht erkennbar, welche Art Beitrag Kambodscha in der ASEAN-Organisation einbringen soll oder muß. Das Land ist durch die Ermordung von nahezu zwei Millionen Menschen, ein Viertel der erwachsenen Bevölkerung, dezimiert, eines überwiegendes Teils der Elite entledigt, ausgeblutet und innerlich zerrissen. Für die ASEAN-Mitglieder dürfte maßgeblich für die Aufnahme die Überlegung gewesen sein, daß es für die Region vorteilhafter ist, Kambodscha einzubinden, um es leichter zu kontrollieren. Nichts fürchten die südostasiatischen Nachbarn mehr, (auch Vietnam und Laos haben selbst nach langer Inkubation noch nicht im entferntesten die psychischen und physischen Wunden heilen können), als in ihrer Mitte eine "Zeitbombe" unbeaufsichtigt ticken zu lassen.

Eines ist gewiß, Kambodscha wird noch, lange brauchen, bis es ein einigermaßen verträgliches Niveau der Normalität erreicht, um ein zuverlässiger Partner zu werden. Im Innen und auch außerhalb des Landes spekuliert man offenbar darauf, daß der biologische Prozess (das allmähliche Aussterben der Veteranen) dem Problem ein Ende bereiten wird.

Gerade in den letzten fünf Guerilla-Jahren wurden jedoch neue, junge Kräfte angeworben; und in den Köpfen und Seelen der Neuzugänge kann man selbstverständlich nicht sehen, man kann und sollte sich aber darüber Gedanken machen. Viele junge neue Revoluzzer dürften ihre Gräben und Verliese in den Maquis nicht verlassen haben; die pathologische, blutdunstige Romantik in den Köpfen der jüngeren *Desperados* ist nicht leicht auszumerzen; somit das die labile Demokratie des jüngsten ASEAN-Mitglied politisch und militärisch nicht abrüsten.

Eine *tabula rasa* mit der Vergangenheit läßt sich sobald sicher nicht bewerkstelligen. Zu vielfältig waren die

Dramen in den vielen Ländern der Region, zu zahlreich die persönlichen Tragödien. Wenn man auch noch die enormen materiellen Verluste hinzuzählt, wer kann sich vorstellen, daß man einfach über die Vergangenheit den Schwamm ziehen kann.

3. Revidierte Strategien

(Zwischen Kooperation und Konkurrenz)

Gleich anderen Gründungen gab es auch bei der ASEAN ursprünglich schier unüberwindliche Diskrepanzen zwischen den eingestandenen Vorsätzen und den verborgenen Intentionen und Ambitionen der einzelnen Mitglieder. Die Voraussetzungen, von denen die später aufgenommenen Mitglieder ausgingen, stimmten ohnehin nur selten mit jenen der Gründer überein. Nun müssen alle versuchen, ihre kurz- und langfristigeren Pläne umzuformulieren, anzugleichen und den neuen Erfordernissen anzupassen.

Dem ASEAN hat überraschenderweise in ihrer über dreißigjährigen Geschichte, trotz (oder vielleicht gerade wegen) äußerst bewegten Zeiten, kein einziges Mitglied den Rücken gekehrt. Ganz im Gegenteil: die südostasiatische-pazifische Region ist nahezu leergefegt worden. Hinzu traten dem Verband jene Staaten bei, welche zu Beginn des Prozesses unmittelbar im Indochina-Krieg involviert waren. Nach Beendigung dieses Ost-West-Konfliktes, der die gesamte Großregion in ihren Bann gehalten hatte, änderten sich auch viele Zielsetzungen und Prioritäten. Es galt nun, sich nach der neu entstandenen "Großwetterlage" zu richten, und diese hatte sich wahrhaftig grundlegend geändert.

Während des Indochina-Krieges war die ASEAN-Gruppe "eingemottet". Der Ausbruch neuer kriegerischer Konflikte war nicht ganz ausgeschlossen, aber auch nicht wahrscheinlich und vor allem nicht akut. So faßten die Gründerstaaten der ASEAN Mut, manche der ursprünglichen Pläne neu zu formulieren und zu beleben und dazu auch noch die Anwärterstaaten auf die

Für alle ASEAN-Staaten gilt, zunächst selber zu versuchen, klar zu kommen, und zur Vorbeugung künftiger überraschender, unliebsamer Bedrohungen ständig auf der Hut zu sein.

Zusammenarbeit im Verband vorzubereiten und zu motivieren.

Die Fluktuation der ASEAN ging verständlicherweise nach wie vor, Hand in Hand, mit dem Geschehen auf der Ebene der wechselhaften Beziehungen zwischen den Hegemonen. Bis 1975 beobachteten die Mitglieder, wie zu sehen war, extreme Zurückhaltung. Die Vorbereitung auf die Nachkriegszeit bestand aus vorsichtiges Herantasten an die Großmächte, eher zur eigenen Information als mit der Absicht, Kooperationen in die Wege zu leiten oder zu vertiefen. Die Devise lautete: flexibel und offen zu sein, um dann, nach der Klärung des Wirrwars, in das richtige Boot zu steigen. Präferenzen gab es durchaus: das demokratische Lager war bevorzugt. Die Amerikaner waren aber weit und sie hatten sich zu stark im Indochina-Krieg engagiert, wobei sie bekanntlich auf die Nase fielen. In der Sowjetunion gab es ebenfalls, soweit man von außen erkennen konnte, Führungsprobleme, die unter anderem durch den raschen Wechsel an der Parteispitze nach Leonid Breschnews Tod im Jahre 1984 sichtbar wurden. So blieb allein China übrig, da Japan - bis heute noch - keine machtpolitischen Ambitionen hegt; und China wird bis in die Gegenwart als Bedrohung empfunden.

Eine grundlegende Umstellung der politischen Haltung Moskaus, mit möglichen Konsequenzen für die Region, war erst nach dem Tode Konstantin Ustinowitsch Tschernenkos am 10. März 1985 zu erwarten. Der Verschleiß des Führungsapparates der UdSSR war bereits

während der letzten Phase der Herrschaft Breschnews sichtbar geworden. Sein unmittelbarer Nachfolger, der alte, kranke und gebrechliche Jurij Wladimirowitsch Andropow verstarb ein Jahr nach seiner Berufung, und auch dessen Nachfolger, Tschernenko, lebte nur ein Jahr. Man hatte sich zwar daran gewöhnt, die Sowjetunion als ein gerontokratisches System zu betrachten aber der rasche Führungswechsel im Kreml wurde dennoch als zusätzlicher Unsicherheitsfaktor der Weltpolitik angesehen.

Der neue Mann, Michail Sergejewitsch Gorbatschew, wurde auch in Asien aufmerksam unter die Lupe genommen. Er wechselte rasch die Führungsriege und veränderte radikal den Führungsstil; seine Devise lautete: Wirtschafts-liberalisierung und er bestritt neue Wege in der Außenpolitik. Seine Kontaktfreudigkeit führte ihn in Eiltempo nach London, Washington und Bonn und man gewann den Eindruck, die Welt sei für ihn zu klein geworden. Die geflügelten Begriffe seiner revolutionären Doktrin waren *Glastnost* und *Perestrojka*, bald weltweit bekannt und fast in aller Munde. Sie verhiessen zwar Wirtschaftsliberalisierung und die Abschaffung bürokratischer Zwänge und Mißbrauche, das "Machtmonopol der Partei" wurde jedoch paradoxerweise uneingeschränkt beibehalten. Das Ergebnis war ein Zwitter, mit dem niemand wußte, etwas Vernünftiges anzufangen. Die von ihm proklamierte Offenheit in der Außenpolitik war auch für die ASEAN-Gruppe attraktiv, über die Entwicklungen der Beziehungen zu Peking blieb man aber im Unklaren und gerade dieser Aspekt war für die Aseanstaaten von höchstem Interesse. Der 1960 erfolgt Bruch zwischen Moskau und Peking kam seinerzeit der ASEAN-Gruppe äußerst gelegen, aber beide kommunistische

"Supermächte" hatten den Vietcong zumindest auf logistischer Ebene massiv unterstützt. Die Frage blieb daher offen, ob nicht Beziehungen zwischen den beiden unerschwellig weiterbestehen; ein zusätzlicher Unsicherheitsfaktor. In den Hauptstädten der ASEAN-Organisation stellte man sich mit innerer Spannung die Frage, wie sich diese Offenheit auf die Beziehungen Moskaus mit Peking niederschlagen würde.

Aufmerksam verfolgte und verfolgt die ASEAN auch die Entwicklung der internationalen Organisationen, dabei insbesondere den Aufbau gemeinsamer Freihandelszonen. Das Interesse richtet sich vor allem auf die neuen Wirtschafts- und Finanzmärkte und die Kooperationen im technischen und elektronischen Sektor. An die verschiedenen Unterorganisationen der Europaunion hatten sich die Asiaten noch vor ihrer Gründung gewöhnt und wiederholt versucht, sowohl das *Procedere* als auch manche Strukturen zu übernehmen. Sorge bereitet ihr daher vornehmlich die Entwicklung der 1994 ins Leben gerufene *North American Free Trade Agreement* (NAFTA), deren Aufbau in mancher Hinsicht der ASEAN ähnelt. Die im Entstehen begriffene panamerikanische Gemeinschaft wird zwar im Endstadium eine Supermacht aufweisen, die große Mehrheit der vorgesehenen Mitglieder - außer Kanada und seit 1994 Mexiko, die bereits dem harten Kern der NAFTA angehören - alle anderen Staaten Lateinamerikas, bilden ein Gemisch von "kleinen Tigern" (Argentinien, Chile, Brasilien) und von "armen Schluckern", wie es beim ASEAN auch der Fall ist. Daraus könnte ein Konkurrenzkampf zwischen den beiden Organisationen auf den Weltmärkten entstehen und man ist sich in Jakarta nicht sicher, wer Sieger bleibt. Unsicherheitsfaktoren sind die vorhandenen

altherge-brachten Beziehungen zu den Absatzmärkten, die Lohn / Kosten Relation, die Qualität der Erzeugnisse usw., diese und andere Eckdaten, die ausschlaggebend für den Erfolg sind. Seit Jahren ist eine zunehmende Anzahl von Wirtschaftsspione unterwegs und am Werk. Ein zwar unblutiger Krieg, der aber auch Opfer kostet und manchmal über Wohlstand oder Armut entscheidet.

Die Wiederaufnahme der politischen Beziehungen zwischen Moskau und Peking zu Beginn der Ära Jeltsin erwischte die ASEAN nicht kalt, sie aber gab Anlaß zu einiger Aufregung. Würde die sich anbahnende Kooperation zwischen den beiden Kolossen China freiere Hand für eine expansive Politik in ihren "Vorgarten", der südostasiatisch-pazifischen Region reivhen. Diese Sorge wurde zu einer gängigen Spekulation und sorgte für Besorgnis? zu einer gängigen Spekulation. Aber auch andere Veränderungen weltweit bereiteten der ASEAN Irritationen. Was bedeutete letztlich und wohin würde sie führen, die plötzliche "Busenfreundschaft" zwischen Präsident Bill Clinton und Boris Jeltzin, die in der ersten Hälfte der 90er Jahre überschwängliche Formen annahm und kumpelhafte Züge entwickelte? Die Sorge lag tief, daß das Großmächte-Kräfteparallelogramm sich wieder einmal entgegen den existentiellen Interessen der kleinen Staaten und ihrer regionalen Organisationen stellen könnte. In den Kanzleien der ASEAN-Staaten reifte die Überzeugung, daß die Zeit für einen erneuten Anlauf zur Festigung des gegenseitigen Vertrauens und Intensivierung der Kooperationen fällig war.

Das Startzeichen dafür wurde 1992 bei einem "Gipfeltreffen" in Singapur gegeben. Die Anfangsphase des Neubeginns verlief unerwartet positiv und regte manchen Beobachter an, in den

Berichten auf Superlativa zurückzugreifen. Es war darin wiederholt von einem "Meilenstein" die Rede und auch der Begriff "bahnbrechend" ist wiederholt gefallen (Jürgen Rüländ: "Die Gemeinschaft Südostasiatischer Staaten", in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B13-14/95, S. 6 ff). Es gab aber auch skeptische Stimmen: M. Antonik veröffentlichte zum gleichen Ereignis einen Bericht unter dem Titel "ASEAN's Singapore Rendezvous: Just Another Summit" in: *Contemporary Southeast Asia*, Nr.14/1992.

Tatsächlich wurden in Singapur überraschend viele Beschlüsse gefaßt. Es war auch höchste Zeit nach dem langen "Winterschlaf". Die bei der Gründung postulierten Ziele sind, wie vermerkt, nur in Raten, halbherzig und oberflächlich verfolgt worden. Jetzt wollte man endlich "Muskel und Flagge zeigen". Die Arbeit sollte von Absichtserklärungen und rhetorischem Firlefanz befreit werden und zum ersten Mal sind auch sicherheitspolitische Überlegungen konkreter und offener formuliert worden. An die Nachbarstaaten der Region erging die Aufforderung/Mahnung, von Ansprüchen auf das Spratly Archipel (inmitten des Chinesischen Meeres, 10.00 Br. N /114.00 Lg) abzusehen; eine überraschend klare Warnung an China. Nebenbei wurden aber, ebenfalls ohne Namensnennung auch Taiwan und Brunei angesprochen.

Ein weiterer Anlauf mit neuen Akzenten erfolgte Ende 1998, diesmal um gemeinsam nach Mitteln und Wegen zu suchen, die Folgen der "Asienkrise", die alle ASEAN-Länder deutlich in Mitleidenschaft gezogen hatte, möglichst schnell zu überwinden. Ein ASEAN-Gipfeltreffen fand diesmal ausgerechnet in Hanoi statt, die Hauptstadt jenes Landes, das im Gegensatz zu den meisten anderen Mitgliedstaaten immer noch, ein viertel

Jahrhundert nach Kriegsende, vom Krieg gezeichnet ist. Viele Teilnehmer zweifelten, ob der Ort des Treffens der richtige war. Zu sehr schwebte noch über Anwesenden und Medien die Erinnerung an das Grauen eines barbarischen Krieges. Und ebenso kontraproduktiv erwies sich die Idee, Vizepräsident Al Gore zum Star der Veranstaltung hochzustilisieren.

Zentrale Bedeutung sollte - so der Vorsatz - die "beschleunigte Liberalisierung des Handels" gewährleisten, und diese daneben und damit verbunden zugleich Anreize für ausländische Investoren schaffen. Singapurs Ministerpräsident Goh Chok Tong erklärte: "Wir müssen der Welt zeigen, daß wir in der Lage sind, ökonomische Fragen ernsthaft anzupacken."

Bei der Konferenz nahm auch ein Gast teil: Kambodschas Ministerpräsident Hun Sen, dessen Land bewarb sich für die Aufnahme in die Organisation beworben hatte. Damals wurde er aber noch auf einen "späteren" Termin vertröstet. Über diese Aufnahme wurde ein Zeitlang zwischen den ASEAN-Mitgliedern heftig gestritten. Allgemein zweifelte man, ob Kambodscha die politischen Voraussetzungen für eine Mitgliedschaft besitzt.

Malaysias Premierminister Mohamad Mahathir richtete ein Apell zur Solidarität aller Mitgliedländer, in der Hauptsache warnte er aber vor den möglichen Auswirkungen der Globalisierung; und es gab selbstverständlich auch Kontroversen: Singapurs Ministerpräsident forderte beispielsweise, die Öffnung der asiatischen Volkswirtschaften zu forcieren und sagte dabei: "Wenn es uns nicht gelingt, die Welt davon zu überzeugen, daß wir entschlossen sind, gemeinsam unsere Wirtschaft zu sanieren, dann laufen wir Gefahr, daß die Großmächte sich von Südostasien abwenden".

In einigen Entwürfen stand der Vorschlag, bis 2002 die Zollfreiheit zwischen den Mitgliedern einzuführen. Allerdings, einige Staaten baten um

Ausnahmeregelungen und Ergänzungen. Zudem wurde gefordert, in der Großregion ausländische Beteiligungen an Unternehmen zu erleichtern und diesen sogar Steuernachlässe zu gewähren. Ferner und abschließend gab es Vorschläge, die Rechtstellung der ausländischen Arbeiter zu verbessern und ihre Beschäftigung in den ökonomischen Sektoren der ASEAN-Gruppe zu erleichtern (*The Economist* December 12th-18th 1998).

Vizepräsident Gore schien nach Meinung der meisten Beobachter nicht richtig verstanden zu haben, worum es bei der Sache ging und wo er sich befand. Er forderte mit landesüblicher Blauäugigkeit seine Zuhörer, durchwegs autokratische Staats- und Regierungschefs, auf, sich zu demokratischen Reformen aufzuraffen. Manche Staatschefs empfanden die Forderung des Amerikaners als Provokation und legten seine Worte als Anstiftung zur Rebellion in ihren Ländern aus. Am schärfsten entwickelte sich das Wortgefecht zwischen dem amerikanischen Vizepräsidenten und dem malaiischen Regierungschef, der ausgerechnet in jenen Wochen und Monaten bestrebt war, mit ganz und gar undemokratischen Mitteln seinen ehemaligen Vize politisch und moralisch zu demontieren.

Auch die nichtasiatischen Gäste und Beobachter - Neuseeländer und Australier etwa - wußten nicht recht, was ihnen geschah. Die Veranstaltung war einige Male nah daran zu platzen, was schlimme Folgen für den Fortbestand der Organisation, aber auch für den Handel mit den Vereinigten Staaten, gehabt hätte. Der Vertreter der USA hatte wieder einmal versucht, nach dem Verfahren "Zuckerbrot und Peitsche" seine Zuhörer für seine Pläne zu gewinnen. Er versprach großzügig bei "Wohlverhalten" Unterstützung. Viele Asiaten reagierten allergisch, mit offen zu Tage getragenen, gekränkten Stolz. Die Forderung der Amerikaner an die ASEAN, ihren Markt weit zu öffnen, wurde mit

kühler Höflichkeit zur Kenntnis genommen; es war offensichtlich, daß kaum eine nationale Vertretung vor hatte, die halbherzige Zusage jenseits symbolischer Gesten zu erfüllen.

In den Vereinigten Staaten dürfte das Ergebnis der Tagung Katerstimmung bewirkt haben. Schwer vorauszusagen, welche Schäden unbedachte, mit besserwisserischen Gehabe loßgewordene Äußerungen, dem Welthandel zwischen

dem atlantischen und dem pazifischen Raum zufügen können. Mitte der 90er Jahre betrug das Handelsvolumen zwischen den USA und der ASEAN-Region rund 250 Milliarden \$ pro Jahr. Malaysia klagte, angesichts der Mißverständnisse beim kontroversen Spiel zwischen Forderungen und Erwartungen, es gebe zwar gegenwärtig eine rapid anwachsende Globalisierung der Märkte, die Wirtschaftspolitik liege aber dafür im Argen.

Zweiter Teil

Der Wettstreit der Hegemonen

Unter den Großmächten, deren Geschichte am engsten mit jener der südostasiatisch-pazifischen Region verwoben war und am längsten in der politischen Gestaltung dieses Raumes involviert war, müssen die Vereinigten Staaten genannt werden. Als die ersten Europäer in Asien und im Pazifik landeten oder die Küsten des Stillen Ozeans über das Land erreichten, gab es die Vereinigten Staaten noch nicht. Nennenswerte Beziehungen entwickeln sich erst im späten 19. Jahrhundert. Seither wurden aber diese immer dichter, umfassender und intensiver, wobei die Amerikaner zunächst fast ausschließlich am Handel Interesse zeigten und erst allmählich die geopolitischen Aspekte dieses Erdteils ins Auge faßten. Die späteren ASEAN-Staaten spielten hierbei keine oder bloß eine sehr geringe Rolle. Die meisten befanden sich doch bis nach dem zweiten Weltkrieg in kolonialer Abhängigkeit. Der Vorteil der USA beim späten Aufbau der Beziehungen in der südostasiatisch - pazifischen Region war, daß sie, wie bereits verzeichnet, mit Ausnahme der Philippinen, keine Kolonien besaßen.

Politisches Interesse für die Region zeigte Washington erst seit Mitte des 19. Jahrhunderts, nach dem erzwungenen "Besuch" des Commodore Matthew

Calbraith Perry am 31. Juli 1854 in den Häfen Shimoda und Hakodate. Bekanntlich war dieser eher zufällige erste Kontakt der Auslöser für die Zurückmeldung Japans in die Weltgeschichte. Die Japaner hatten die zwei Jahrhunderte zuvor in nahezu völligen Isolation gegenüber der Außenwelt gestanden. In der Folgezeit beschränkte sich Washington auf den im pazifischen Raum niedergelassenen Vertretungen der Kolonialmächte. China war eine der wenigen Ausnahmen, es wies aber andererseits zunehmende Verfallserscheinungen auf und galt weltweit als "kranker Mann" Asiens.

Wichtigster Handekspartner der USA in Asien wurde Japan, das bis zur Wende zum zwanzigstem Jahrhundert, im Zeitraffer, gigantische Schritte in Richtung auf eine nahezu vollständige allround-Modernisierung zurücklegte. Vom geostrategischen Standpunkt aus wurden die Vereinigten Staaten nach dem Japanisch-Russischen Krieg (1904-1905), allmählich die dominierende Macht der Großregion. Noch war aber Washington zu jenem Zeitpunkt weit davon entfernt, Supremachtambitionen zu hegen, dafür wuchsen freilich ihre Wirtschaftsinteressen gewaltig.

Bis zum ersten Weltkrieg kamen sich die USA und Japan noch nicht ins Gehege;

der pazifische Wirtschaftsraum war noch verhältnismäßig unterentwickelt und onehin von den Europäern weitgehend mit Beschlag genommen: Mehr regte sich Washington auf, als Japan, nach der 1905 Rußland zugefügten Niederlage, Anstalten machte, auf den asiatischen Festland Fuß zu fassen. Zuerst besetzte es Korea und verwandelte die Halbinsel 1910 in eine Kolonie. Dann nutzte es in den Jahren 1914-1918 die verminderte Präsenz der europäischen Kolonialmächte in der relativ verwaisten pazifischen Region aus, um sich hier Positionen zu verschaffen und systematisch auszubauen. Als dann Tokio 1932 die Mantschurei einverleibte und 1937 auch nach China die Hand ausstreckte, leiteten in Washington die Alarmglocken grell. Parallel dazu gerieten sich die beiden Großmächte auch wirtschaftspolitisch in die Haare. Die Entwicklung der Beziehungen zwischen Tokio und Washington wider spiegelte bis Pearl Harbor (am 7. Dezember 1941) der imperialen Einstellung Japans. Tokio verspürte schon damals den Drang, dominierende Macht im pazifischen Raum zu werden. Im Zweiten Weltkrieg steigerte sich seine Ambition, gestützt auf die spektakulären Siege der ersten Phase ins Unermeßliche. Vielen Aussagen japanischer Politiker und Generäle war zu entnehmen, daß Japan weltweit den ersten Rang angepeilt hatte.

Nach der schlimmen Niederlage im Krieg spielte das japanische Inselreich machtpolitisch keine Rolle mehr. Seine Stelle als Weltmacht nahm fast nahtlos die Sowjetunion ein, die bekanntlich vom Westen in den Kriegskonferenzen mit der "Betreuung" Osteuropas investiert wurde. Im Pazifikraum etablierte sich nach 1945 wegen des Indochinakriegs bis 1975 kein Frieden, aber der die Welten trennende Graben verschob sich von Pazifik zum Atlantik. Nach 1947 brach zwischen der UdSSR und den USA ein bis 1990 währender unerbittlicher "Kalter Krieg",

der sich durch die Kommunisierung Chinas in abgemildeter Form auch auf Asien erstreckte.

Die Pazifikzone stand somit eine geraume Zeit nicht mehr in dem Mittelpunkt der epochalen Konfrontation, obwohl neben China auch die UdSSR nicht das Feld räumten. Trotz der virtuellen Niederlage blieben die USA die dominierende Macht und es gelang Washington in der Folgezeit seine Führungsposition weiter auszubauen.

China behielt noch, nach dem Koreakrieg, den Nordteil der Halbinsel als vorgeschobenen Posten. In Südasien verblieb es mit Tibet, den "blinden" Anspruch auf Taiwan und einigen Einfluß auf Indien. Die Sowjetunion mußte auch Feder lassen. In Indochina wurde sie praktisch ausgebotet und der Einfluß auf Pakistan war schwankend und niemals stark ausgeprägt. Ob der völkerrechtlich nicht abgesicherte Besitz der vier südlichsten, Japan geraubten Kurrilleninseln als nennenswerter Gewinn betrachtet werden kann, soll dahingestellt bleiben. Der Kreml möchte nur zu gern die Kurrillen für einen starken Angagement Japans in Rußland tauschen; nach den riesigen Gebietsverlusten, die sich wegen der Auflösung der Sowjetunion ergaben, traut sich aber weder Boris Jeltsin, noch sonst jemand auch nur ein weiteres cm² "heiliger russischer Scholle" (родина - "rodina"), zu "verschenken". Mit Logik hat dies selbstverständlich nichts zu tun und von schenken kann hier nicht die Rede sein; die Kurrillen haben niemals Rußland angehört und sie dürften obendrein so gut wie wertlos sein. Rußland verzichtet dadurch auf riesige japanische Investitionen.

Moskau versucht trotzdem gelegentlich in Asien mitzuspielen. Es ist der größte Waffenverkäufer und zeigt sich bei der Auswahl der Abnehmer und der Gattung der Waffensysteme nicht

zimperlisch. Grundsätzlich verkauft Moskau Waffensysteme an nahezu alle Interessenten, manchmal der Devisen wegen, andere Male aber aus politischen Gründen. In der Kundenliste findet man Staaten wie Irak, Iran, Indien und Pakistan, wobei letztere zwei bereits Atombomben entwickelt haben. Mit welcher Technologie fragen sich allein unberdarfte Gelehrte. Die Dreistigkeit mit welcher der Kreml als echte Demokratie auftritt und sich als vormalige "Supermacht", sich als Richter, Schlichter oder Befreier aufspielt, müsse jedermann in Staunen versetzen. Dies geschieht aber recht selten. Man erinnere sich daran, dass sogar Spitzenpolitiker wie Churchill und Roosevelt vor 56 Jahren, damals Verbündete und Partner Stalins, sich auf Kosten der vielen Opfer zur Teilung Europas und der Welt hergaben. Und auch heute übt sich Moskau ungeniert und Rücksichtslos in Säbelrasseln. Seit dem Ausbruch des Kossovo-Konflikts im April 1999 hat es kaum verklausuliert den Westen gedroht, wenn nötig mit Waffen einzugreifen.

Es erweckt immer wieder Erstaunen, daß die Westmächte, allen voran die Vereinigten Staaten, trotz der aberhundert von Beratern, Sachverständigen und Experten, von der innenpolitischen Entwicklung der UdSSR in der zweiten Hälfte der 80er Jahren sich haben vollkommen überraschen lassen. Auch nach der "Wende" von Gorbatschew auf Jeltsin wiegte sich der Westen in Illusionen, Wunschträumen und absurden Erwartungen. Man währte sogar, und das nicht selten, sich am Anfang einer demokratischen Ära im Osten mit der Chance einer "Kontaminierung" Chinas zu befinden. Kühne Vermutungen gingen so weit, im Zeichen der Globalisierung mittelfristig ein harmonisches politisches und ökonomisches Eurasien, vom Atlantik bis zum Pazifik, zu erleben bzw. in die Wege

leiten zu können. An der Schwelle zum dritten Jahrtausend schwelten die Gemüter vieler Politiker und der meisten Journalisten in Sphären, die der gängigen Logik und einer langjährigen Erfahrung kras zuwiderlaufen.

Die Naivität maßgeblicher westlicher Politiker trug wesentlich zur Verlängerung der Agonie Rußlands bei; sie verzögerte und gefährdete zugleich die dringend notwendige Annäherung der vor einem halben Jahrhundert willkürlich getrennten Hemisphären. Zum Fortbestand der Kluft zwischen Ost und West, zwischen Europa und Asien, trugen auch unberufene Nostradamus-jünger des Schlages eines Samuel Huntington ("Clash of Civilizations") bei, dem es gelang, mit seinem mediokren Werk viele hunderttausend Leser rund um die Welt zu erreichen. Nach glaubwürdigen statistischen Angaben konnte er nicht einmal von Monika Lewinsky, was die Popularität seines Werkes anbelangt, geschlagen werden. Sein Opus ist in - sage und schreibe - mehr als fünfzig Sprachen übersetzt worden und ist seit Jahren ein "Bestseller", sowie Thema unzähliger Kommentatoren. An manchen Universitäten wurde versucht, eigene Lehrveranstaltungen zum Thema Zusammenstoß der Kulturen in die Curricula aufzunehmen. Und nicht wenige Politiker im Westen waren in letzter Zeit geneigt, zwischen der abendländischen und der "obskurantistischen orthodoxen-byzantinischen" Kultur einen unüberwindlichen Graben zu sehen.

Hinderlich für die Rückkehr zu einer nüchternen Betrachtung der Tatbestände und Möglichkeiten war nach 1990 die Festlegung der Westmächte auf manche Politiker im Osten, sei es in Rußland oder China, welche den in sie gesetzten Erwartungen gar nicht entsprechen konnten. Es handelte sich dabei durchwegs um Typen, die den totalitären Systemen entsprangen und die auch dann, wenn sie

den dogmatischen Marxismus abgeschworen hatten, wie etwa Boris Jeltsin oder Slobodan Milošević, in den Denksystemen und den Praktiken des "ancien regime" verhaftet waren. Selbstverständlich muß man in der Übergangsphase zwischen den Abdanken von totalitären Typen und echten Trägern des demokratischen Gedankenguts mit Menschen vorlieb nehmen, die die alten dogmatischen Fesseln abgeschüttelt haben, ohne sich zugleich von eingefleischten stereotypen Wertungen und Verhaltensmustern der Vergangenheit trennen zu können. Dann erlebt man aber eine Solidarisierung Jeltsins mit Slobodan Milosevic und ein Rückfall Teng Xiaopings in die Tien-An-men-Barbarei. Manchen ist anzusehen, daß sie sich ehrlich anstrengen, die Metamorphose zu schaffen. Andere wiederum, mit Blick auf Asien, ein Suharto, der sich in dreißig Jahren, bis zum bitteren Ende, nicht einen Deut verändert hat und trotzdem in Westen stets als Stabilitätsgarant angesehen wurde, "blieben bei ihren Leisten"; in Anbetracht ihrer wohlbekanntem Biographie muß es überraschen, daß manche "Beobachter" und Entscheidungsträger im Westen sich immer wieder von ihnen haben überraschen lassen.

Asien ist seit 1945 eine Region in Transition. Es schleppt mit sich viel verfehlt aber zugleich dem Nachahmungseffekt, verblendet durch die Syndrome unserer Zeit und die Verlockungen stereotyper Werbeträger. Die Schwankung zwischen Tradition und

Neuerung, unter Ermangelung einer verlässlicher Orientierung, das Verzetteln bei der Suche in den Warenkörper schlauer Anbieter, verhindern auch in Asien, wie vor einiger Zeit in Europe, nüchterne Entscheidungen. Viele Asiaten verspieken dadurch die Chance, die echte Identität zu finden oder diese vor Verfälschung zu schützen. Noch ist die gegenwärtig im Schwinden begriffene "Asienkrise" vergleichsweise ohne grösseren Schaden anzurichten in die Geschichte eingegangen. Ob die eingetretene Festigung von Dauer sein wird läßt sich freinich noch nicht mit Sicherheit sagen. Zu gross und zu geschickt verpackt sind die vielfältigen Versuchungen, von irreführenden Slogans begleitet und von meisterhand verschürt, als man die Gefahr eines Abrutschens in gefährliche Illusionen und Versuchungen als definitiv überwunden gelten dürften.

Der in Jahrtausenden zum „homo europäus“ herangereichte potentielle Träger von attischen, christlichen und ordnungrechtlichen Bestandteilen ciceronoscher und justinischer Qualität, zwar auch immer wieder angeschlagen, bieten eher die Gewähr, sich auf das geistige Erbe vergangener Zeiten zu besinnen. Dazu gehört die Überzeugung, das ökonomische Postulate und Zielsetzung zwar ungeschmälert Geltung haben dürften, nir insofern sie nicht die ethischen und die die im freiheitlichem Recht verankerten Gebote ignosieren. Die Erfahrungen weltweit haben gezeigt, dass dieser Varsatz wich leicht zu verteidigen ist.

*

*

*

In Asien bestimmten auf westlicher Seite fast ausschließlich die Vereinigten Staaten den Gang der Dinge, und, wieso oft, steht Washington auch hier und jetzt fast genau in der Mitte zwischen hehren Vorsätzen und pragmatischen

Versuchungen. Dementsprechend schwankt die Qualität der Entscheidungen zwischen Vortrefflich und Miserabel, zwischen Realitätsnah und Illusorisch. Seine Politik war ergo kurvenreich, kannte Höhen und Niederungen, erwirkte Gutes und

Schlechtes. Der Weg war etwa in gleichem Maße mit Erfolgen und Mißerfolgen gepflastert.

In etwa gleichgewichtig mit den Vereinigten Staaten war im südostasiatisch-pazifischen Raum nur noch China, und es ist zu erwarten, daß sich in den kommenden Jahren das Gewicht auf die asiatische Macht verlagern wird. Den USA wird es niemals gelingen die Chinesen demographisch zu schlagen, was sie selbstverständlich gar nicht anstreben. Die zahlenmäßige Größe eines Volkes dürfte aber auch künftighin, unter den gegebenen Umständen, ein Trumpf bleiben, und man muß davon ausgehen, daß der Anteil der "zivilisierten" Chinesen, das heißt jener Chinesen, die in die Industrie und Dienstleistungen sowie, parallel dazu, in die high-tech-Branchen aufsteigen werden, schnell wachsen wird. Nahezu alle anderen Völker der Region haben gezeigt, wie man es macht. Besonders beindruckend war die diesbezügliche Leistung der "anderen" Chinesen: auf Taiwan.

Der Inselstaat Taiwan, ein Land, das nur von ganz wenigen Staaten völkerrechtlich anerkannt wird, bildet seit seinem Entstehen im Jahre 1948, eine "schwer zu knackende Nuß". Der am 1. März 1950 von Tschang Kai-schek zur "Republik China auf Taiwan" ausgerufenen Staat, fungierte zunächst im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen als Nachfolgestaat von "Festland China" als Ständiges Mitglied. Auf Druck der überwiegenden Mehrheit der Mitglieder mußte Taipeh 1971 die UNO und damit auch den Sicherheitsrat verlassen. Seither gilt Taiwan als "Schutzgebiet" der USA, die einzige Großmacht übrigens, die seine Unabhängigkeit zu garantieren vermag und auch effektiv gewährleistet. Allerdings in März 2000 hat Washington die Auffassung Beijings (anerkannt, Taiwan sei grundsätzlich in Teil Chinas, ohne freilich vorerst Konsequenzen daraus zu ziehen.

Taiwan wird bis heute von Peking als chinesische Provinz betrachtet. Dabei handelt es sich nicht um einen Anspruch gewöhnlicher Art, sondern, historisch, ethnisch und geographisch um eine Selbstverständlichkeit.

Tatsächlich haben aber etliche Kongreßmitglieder, vielleicht im Zusammenhang mit der neuerlich Bedrohung Taiwans, auch wieder die Tibet-Frage aufgeworfen. Es wurde sogar der Vorschlag gemacht, Gregory Craig zum "Sonderbeauftragten für tibetische Angelegenheiten" zu ernennen, was selbstverständlich Peking zu heftigen Protesten wegen "Angriffe auf Chinas territoriale Integrität" animierte. Jedenfalls scheint Washington zur Zeit zu sein gewillt, der Doktrin des "Ein-China-Staats" zuzustimmen. Man darf räzeln, was die Zukunft bringen wird.

Sowohl China als auch die Vereinigten Staaten betrachten die ganze Region, von Korea bis Thailand und den pazifischen Raum mit dem Chinesischen Meer dazu, was ihr Wirkungsbereich anbetrifft, als *mare nostrum*. Selbstverständlich, jede Großmacht für sich. So ergeben sich zwischen ihnen mehr Reibungsflächen und -punkte als Anlässe für Einhelligkeit.

Die Beziehung zwischen Peking und Washington ist bis zum heutigen Tag äußerst komplex, kompliziert und widersprüchlich: man steht, was die Handlungen des anderen anbelangt, auf der Lauer und beobachtet gespannt jede Bewegung des Gegenparts. Bei jeder Konfrontation geht man bis an den Rand eines Konflikts heran, um das meiste vom eigenen Anspruch durchzusetzen; und man tastet und testet sich unentwegt. Freilich, sowohl Peking als auch Washington wissen nur zu genau, daß sie die jeweilige Trennungslinie nicht überschreiten dürfen. Die beiden Staaten erkennen, daß sie die

Schmerzgrenze des anderen nicht überfordern dürfen.

1996 meinte Peking, auf die ersten demokratischen Präsidentschaftswahlen Taiwans vom 23. März mit einer martialischen Demonstration reagieren zu müssen. Es entsandte eine Kriegsflotte in die Küstengewässer des Inselreichs und schoß mit Raketen über den Kopf der Insulaner hinweg. Amerika ließ sich nicht beeindrucken, es entsandte sofort Teile seiner Pazifikflotte am "Tatort". Die chinesische Demonstration verlief wieder einmal im Sand. Für den Politikwissenschaftler erhebt sich die Frage, welche der beiden Strategie obsiegen wird: China verläßt sich auf seine steil ansteigende ökonomische und militärische Potenz. Es meint, den längeren Atem zu besitzen. Die USA vertrauen ihrerseits, traditions- und "standesgemäß", auf den "Gang der Geschichte", der in ihrem Sinne verlaufen und unweigerlich zu einer Demokratisierung des Typus "American way of life" führen muß. Sie überspringen dabei, leichtfertig und unversehens, der Logik des Konzepts nach entsprechende notwendige Zwischenstufen. Dies muß zwangsläufig zu Mißerfolgen führen und die betroffenen Völker gegebenenfalls ins Verderben stürzen.

Gemeinsame Interesse haben im zweiten Halbjahr 1998 Peking und Washington veranlaßt, so zu tun, als ob manches Unliebsame in ihrer Beziehung der vergangenen Jahre und Jahrzehnte vergessen ist, zumindest jedoch keine größere Rolle spielen soll. In Wirklichkeit ging es beiden Staaten und Regime darum, ihre Wirtschaftsbeziehungen zu intensivieren. Die Vereinigten Staaten trachteten ihren ersten Platz zu verteidigen, China ging es hauptsächlich darum, den erreichten dritten Platz, nach Japan, zu sichern und zu konsolidieren. Auf diplomatischer Ebene gab man sich ebenfalls Mühe. Dem von Medleine

Albright anlässlich ihres China-Besuchs im März 1999 erzielten Erfolg war allerdings keine Langlebigkeit beschieden. Schon der Ausbruch des blutigen "Kosowo-Kriegs" hatte sich die labil-freundliche Stimmung zwischen Peking und Washington aus grundsätzlichen Gründen urplötzlich verschlechtert; dann aber, und das könnte noch nachteiligere Folgen haben, stellte er, nach sehr langer Zeit, wieder die in Vergessenheit geratene Front zwischen China und Rußland zusammen. Den vorläufigen Höhepunkt erreichte die polare Kälte durch den wahrscheinlich unbeabsichtigten Beschuß der chinesischen Botschaft zu Belgrad. Washington wird es nicht leicht gelingen, den Beweis zu erbringen, daß die Zerstörung des Botschaftsbaus von der Benutzung eines von CIA gelieferten alten, überholten Stadtplan Belgrads verursacht wurde. Ungeachtet dessen, daß der amerikanische Geheimdienst allseits für spektakuläre Pannen im falschen Augenblick bekannt ist, diesmal hat er sich - vom bösen Schicksal begünstigt - den kritischsten Zeitpunkt "ausgewählt", das unter den Umständen undankbarste Ziel anzugreifen.

Zu den ASEAN-Gründerstaaten hat China eine differenzierte Beziehung gehabt. Aus dem Zweiten Weltkrieg als asiatisch-pazifische "Supermacht" neben den Vereinigten Staaten hervorgegangen, hat sich China bald im Indochinakrieg verstrickt. In den asiatischen Küstenländern stand es logischerweise auf der Seite der Kommunisten. Diese waren auf die gewährte Hilfe angewiesen und verdankten den Sieg nicht zuletzt dieser Unterstützung. Dankbar zeigten sie sich nicht; China war schon damals als "landhungrige" Macht verschrien.

Von der Haltung der pazifischen ASEAN-Mitglieder war bereits die Rede. Die von Vietnamkrieg bedingten Aufregungen verursachten eine Lähmung,

bildeten eine Zäsur des außenpolitischen Kreislaufs. Nach 1975 wurde China als Realität hingenommen, und die ASEAN war bestrebt, sich mit Peking zu arrangieren. An einer Partnerschaft dachte man nicht und die Beziehungen sind eher sachlich und kühl.

China hatte aber nicht allein durch die kiregerischen Erfolge an Statur gewonnen. Durch die erwiesene Tüchtigkeit im ökonomischen Bereich, die zu einer Stabilisierung des gesellschaftlichen Gefüges und schrittweise zur Modernisierung wichtiger Branchen führte, sammelte es in den Augen der Nachbarstaaten Pluspunkte. Die Angst vor möglichen unliebsamen Einflußnahmen blieb freilich bestehen.

China wurde zwangsläufig zum bedeutenden Wirtschaftspartner. Die Interessen waren komplementär: Peking brauchte High-tech-Produkte und Blaupausen, die es in der Region preiswerter erwerben konnte als beispielsweise in Amerika oder Europa und "die kleinen Tiger" waren begreiflicherweise nicht wählerisch hinsichtlich der Absatzmärkte. Die Handelsbilanz wies eine steigende Tendenz und erreichte ahnsehnliche Niveaus. China hatte selbstverständlich auf das altangestammte Kriegsgebaren verzichtet und klare Kooperationsabsichten signalisiert. So kam es oft zu überraschenden Abschlüssen, die von mal zu mal rekordverdächtiger wurden.

Selbstverständlich hatte die von Teng Xiao-ping in den siebziger Jahren gestartete Aktion gegen die maoistischen Dogmen auch nach außen hin viel zur Entkrampfung der Beziehungen beigetragen. China nutzte den Tatbestand, daß es jetzt als wichtiger Wirtschaftspartner auftreten konnte und bot sich gewissermaßen als mögliche Alternative zu Amerika an. Der Erfolg seiner Binnenwirtschaft wurde zum Aushängeschild. Die Zuwachsraten ließen

sich tatsächlich spüren und auch die Qualität der Produkte hatte sich soweit verbessert, daß es auf die asiatischen Märkten Abnehmer fand. In manchen ASEAN-Staaten konnten auch die auf dem legendär gewordenen etwa 200 km breiten Küstenstreifen entlang des Chinesischen Meeres, zwischen Peking und Hainan, erzielten Fortschritte als Modell und Ansporn wirken. Die Zahl der ASEAN-Besucher in Guangzhou - jetzt auch in Hong-Kong (Kowloon) - oder Fouzhou, und zwar nicht nur Industriespione, sondern zunehmend auch Partnersucher, wuchs ständig. Freilich auch die negativen Folgeerscheinungen des phantastischen und zügellosen Wachstums hätten, aufmerksam beobachtet, als Warnung dienen können. Dem war aber anscheinlich im allgemeinen nicht so. Auch im südostasiatisch-pazifischen Raum gibt es Beispiele von Überhitzung, mit entsprechenden Konsequenzen.

Und noch auf einem anderen Gebiet konnten Besucher Erfahrungen sammeln, die ihnen zu Hause nützlich hätten sein sollen. Auf die Rassenprobleme in jenen ASEAN-Staaten, die größere Chinesengruppen beherbergen, haben wir bereits hingewiesen. Die brutale Unterdrückung der "Auslands-chinesen" hat niemandem gedient. In China erfahren die Besucher, daß es Ähnliches geschieht.

Es besteht, vom Ausland weitgehend unbemerkt, auch in China ein ethnisches Problem. 50 Jahre wurde das, obwohl von den Regierungen außerhalb bekannt, so gut wie vollkommen ignoriert. Über Xinjiang (Sinkiang), eine Provinz an der Grenze von Tadschikistan und Kirgisikstan, in der, neben Kirgisen und Tadschiken auch Mongolen und Uiguren leben, die trotz Anstrengungen Pekings sich nicht haben assimilieren lassen, weiß bis heute, außer eineige wenige China-Experten, fast niemand bescheid; und kaum einer - am wenigsten die Regierungen - kümmert sich

effektiv darum. Der Gegensatz zwischen diesen Minderheiten und der Mehrheit der in die Provinz eingeschleusten Han-Chinesen, die von Peking angestiftet werden, verschärft sich zusehens. Für die ASEAN-Staaten wäre es von Vorteil, die "Szene" ernsthaft zu beobachten. Sie könnten Lehre ziehen, wie man dieses Problem nicht zu erledigen hat. Bisher scheinen die ASEAN-Regierungen sich darüber keine Gedanken gemacht zu haben.

Das Menschenrechtproblem ist im südostasiatisch-pazifischen Raum auf Sparflamme gehalten worden, findet aber neuerdings bei manchen Medien Beachtung. Dies geht hauptsächlich auf die Amerikaner zurück, die sich gern seit der "Virginia Declaration of Rights" von 12. Dezember 1776 weltweit als Vorkämpfer für Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit gerieren; andererseits meldet sich bei ihnen immer wieder auch der schnöde Mammon zu Wort. Von den Wählern und den Medien gedrängt sehen sich sowohl der Kongreß als auch der Präsident - insbesondere nach den Eindrücken, die sie 1998 beim Lewinski-Spektakel auf die Wählerschaft erweckt haben - gezwungen, verlorenen Boden durch ökonomische Erfolge gutzumachen. Die etwas vernachlässigte ASEAN rückt folgerichtig näher im Wahrnehmungsfeld der Finanz- und Wirtschaftspolitiker, das gleiche gilt aber auch für die Konkurrenz, wobei China kramphast versucht, in die Phalanx der Wirtschaftsgiganten mit seinen immer noch beträchtlichen Handikaps vorzurücken.

Washington fühlt sich selbstverständlich herausgefordert und reagiert heftig. Außenministerin Madeleine Albright stattete erst Anfang März 1999 Peking ein Besuch ab und hielt in einer Hand einen Palmenzweig, in der anderen ein Stilett, wobei letzteres ein eher zur Routineausstattung gehörendes Zubehör der Amerikaner ist: am 2. März forderte sie stereotyp von ihren Gastgebern,

Staatspräsident Jiang Zheming und Ministerpräsident Zhu Ronji auf, die Menschenrechte zu respektieren und die verurteilten Menschenrechtler aus den Gefängnissen zu entlassen. Vor allem in zeitlicher Nähe zum Jahrestag des am 4. Juni 1989 erfolgten Massakers von Freiheitskämpfern auf dem Tien-anmen-Platz werden vom Regime wochenlang profilaktisch hunderte von Oppositionellen in Haft gehalten.

Zum "Palmenzweig" gehört wiederum "Eingemachtes". Die USA wollen den Waren- und Technologiestausch nicht allein mit der ASEAN-Region, sondern auch mit China selber steigern. Vor wenigen Jahren, noch undenkbar: die amerikanische Außenministerin versprach den Chinesen, sich für die Aufnahme ihres Staates in die *World Trade Organization* einzusetzen. Sie erklärte dabei, der Beitritt Chinas würde "ein großartiger Schritt zur Integration in die Weltwirtschaft" bedeuten. Erklären läßt sich diese Geste wenn man genau in den statistischen Katalogen blättert. Diesen ist zu entnehmen, daß das Handelsdefizit Chinas seit Jahren wächst, wobei die Kluft insbesondere gegenüber den Vereinigten Staaten tiefer wird. Albright hatte es offensichtlich eilig, zur Klimaverbesserung in den Beziehungen zu Peking eine Übereinstimmung zu erreichen. Für April war der Besuch Zhu Ronjis in Washington angesagt und dieser als Vorstufe des Besuchs Jiang Zhemings gedacht. Nun ist alles im Eimer. Der "Belgradvorfall" verursachte mindestens eine zeitweilige Verzögerung des Sich-Naherkommens. Vor allem dieser Vorfall verschaffte Peking bei künftigen Verhandlungen mit Washington Trümpfe: die "rechthaberische", auf Menschenrechte fixierte USA hatte durch die Tötung von chinesischen Bürger die Menschenrechte verletzt.

"Internationale Politik" (Bonn) veröffentlichte Ende 1998 einen

erleuchtenden Grundsatzartikel zum Thema "Verlierer Japan - Gewinner China Außenpolitische Konsequenz der Asienkrise" (Oktober 1998, S. 45-52). Die Autoren, Heribert Dieter, Universität Duisburg, und Richard Hight, Universität Warwick, vertreten die Ansicht, daß sowohl China, als auch Japan, selbstverständlich jedes Land für sich, bestrebt sind, den Pazifikraum unter dem Slogan "Asien den Asiaten" unter sich zu teilen. Die beiden Autoren meinen, Japan sei - zumindest derzeit - *der große Verlierer der Asienkrise* (wir fügen hinzu: auch der Hauptauslöser). China wiederum sei vergleichsweise *ein Hort der Stabilität inmitten einer turbulenten Region*. Tatsächlich scheint es, daß Japan seit Monaten damit beschäftigt ist, sich Wunden zu lecken. Diese Einschätzung dürfte aber nicht ganz der Realität entsprechen; Japan versucht tatsächlich, überraschend oft erfolglos, sein Boot zum rettenden Ufer zu führen; und was China anbelangt, so haben wir bereits auf etliche seiner Fehlleistungen und Fehlentwicklungen hingewiesen. Die ASEAN-Staaten können jedenfalls Vorteile aus den Problemen der beiden Großen ziehen. Manche scheinen tatsächlich davon Profit zu schlagen; und obwohl viele von ihnen direkte Opfer Japans im Krieg waren, dürfte doch Nippon am längeren Hebel stehen. China wird noch lange brauchen, um das ausgefeilte technische Niveau Japans auch nur annähernd zu erreichen. Und Japan ist von hegemonialen Ambitionen geheilt, also ein bequemer Handelspartner. Andererseits machen sich die potenziellen Wirtschaftspartner doch einige Sorgen. Beunruhigend sind insbesondere die meist unerklärlichen Pendelschläge an den Finanzmärkten: ungeachtet des rapiden Verfalls des Euro

seit seiner Einführung, signalisieren die Medien ausgerechnet im nicht unmittelbar betroffenen Japan Ängste. Die *Süddeutsche Zeitung* vom 12./13. Januar 1999 wagte die Prognose: "Ein starker Euro schwächt den Yen". Ähnliches konnte man auch in der *Financial Times* und in *Le Monde* lesen.

Japan war über Jahrzehnte das Zugpferd der ökonomischen Entwicklung in diesem Teil der Welt. Es diente mit seinem schwindelerregenden technologischen Fortschritt und dem formidablen Wachstum zugleich als nachahmenwertes Modell und angesichts der stetigen Verwebung mit den Volkswirtschaften der ASEAN-Staaten, als Lokomotive. Allerdings, die japanische Wirtschaftskrise war der Zündfaktor für eine nahezu globale Krise: Folgekrisen waren bekanntlich die südameikanische, die europäische und die Rußlandkrise, wobei diese Erdteile sich gegenseitig kontaminierten, bzw. die Kettenreaktion mitverantworteten.

Selbstverständlich gingen einige dieser Krisen auf hausgemachte Fehler zurück. Hinsichtlich der südostasiatisch-pazifischen Region sprechen die Zahlen eine besonders deutliche Sprache. Noch zu Beginn der "Asienkrise" Anfang 1998 lag der Anteil Japans am Außenhandel der Region höher als jener der EU und der NAFTA zusammengenommen. In wenigen Monaten sank es in den Keller. Diese plötzlichen und *prima facie* nicht zu rechtfertigenden Schwankungen, die lange Zeit als stabil geltende Währungen und Finanzzentren nahe an den Abgrund brachten, haben letztendlich neben den Branchen auch die Politiker auf den Plan gerufen.

Fazit

Auf dem Gipfelteffen von Januar 1999 in Davos, an dem auch diesmal die Spitzenvertreter der Finanzwelt und der

Wirtschaft sowie viele markante Politiker sich pflichtbewußt zum Stelldichein meldeten, klang mehr Kritik als Lob und

mehr Besorgnis als Hoffnung über den Gang der Dinge. Fast alle hatten das Gefühl, daß die Krise die Weltökonomie dicht an den Abgrund gebracht hatte. *The Economist* (30th-5th February 1999) schrieb von einem *narrow escape* und forderte: "something must be done to make the global financial system safer, particularly for emerging economies". ("Global Finance. Time for Redesign?", S. 4).

Auch namhafte Persönlichkeiten meldeten sich zu Wort. Präsident Bill Clinton forderte, man solle die internationale Finanzarchitektur den Erfordernissen des 21. Jahrhunderts anpassen; Tony Blair wünscht sich eine Neuauflage von Bretton Woods und der weltbekannteste Finanzpapst, der Superwächter der Amerikanischen Zentralbank, Alan Greenspan, will "the patchwork of arrangements governing global finance" von Grund auf revidieren. Die Ansicht unter Fachleuten scheint Fuß gefaßt zu haben, man solle die bisherige Praxis, bei grundlegenden Erscheinungen viele Träger oder Experten heranzuziehen, *ad acta* legen. Wen du ein Haus bauen lassen willst, beauftragst du einen Architekten und überläßt diesen, die jeweiligen Fachleute mit ihren speziellen Aufgaben zu betrauen. Um Wirrwar und Verspätungen zu vermeiden, muß die Hierarchie und Arbeitsteilung klar sein. Dieses Prinzip wurde mißachtet, als es darum ging die Finanzen weltweit zu

organisieren. Jeder Berufene und Unberufene konnte seinen "Senf dazugeben".

Ein sehr guter Kenner der asiatischen Szene war drei Jahre zuvor zu einem nuancierteren, vielleicht, was die gegenwärtigen Gegebenheiten und Möglichkeiten anbelangt, auch realistischeren Schluß gelangt. Er meinte in seiner im August 1996 erschienenen Analyse, daß die Stabilität im nordpazifischen Raum "*in large measure on both the willingness and ability of the four Asian powers to cooperate among themselves*" abhängt. Und er fügte hinzu: "... future stability will most likely continue to be built upon foundations provided by several key bilateral alliances" (Ralph A. Cossa: "*The Major Powers in Northeast Asian Security*", Institute for National Strategic Studies/National Defence University, Washington D.C., august 1996). Sicher befaßt sich diese Analyse hauptsächlich mit der sicherheitspolitischen und strategischen Ebene; bekanntlich umfaßt diese auch multiple wirtschaftspolitische Elemente. Also doch eine angesichts der gegenwärtigen Tatbestände und ungeachtet des gewollten Globalisierungspostulat nicht zu umgehende pluralistische Entscheidung? Die historischen Abläufe verlaufen in unserer Epoche in Zeitraffer. So wird es nicht lange dauern, bis wir erfahren, welche Ansicht die zutreffende war. Vielleicht keine von beiden?

(Technische Mitarbeit: Roxana Vasile)